

143

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Juli 2026

Export stützt
verhaltenes Wachstum
Prognose der
österreichischen Wirtschaft
2026–2030

Sperrfrist: Donnerstag, 16. Juli 2026, 10:00 Uhr

Export stützt verhaltenes Wachstum

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2026–2030

Holger Bonin

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Felix Schröter

Klaus Weyerstraß





INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN

Autor:innen

Holger Bonin, Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova,
Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Felix Schröter,
Klaus Weyerstraß

Titel

Export stützt verhaltenes Wachstum
Prognose der österreichischen Wirtschaft 2026–2030
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 143

Kontakt**Holger Bonin**

Wissenschaftlicher Direktor
T +43 1 59991-160
E office@ihs.ac.at

Helmut Hofer

Prognoseverantwortlicher
T +43 1 59991-251
E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

Internationale Konjunktur und Außenwirtschaft
T +43 1 59991-233
E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Melanie Gadringer

Pressesprecherin
T +43 1 59991-212
E gadringer@ihs.ac.at

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien
T +43 1 59991-0
www.ihs.ac.at
ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Zentrale Prognoseergebnisse.....	7
2	Das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft.....	15
3	Die internationale Konjunktur	19
3.1	Überblick.....	19
3.2	Länder und Regionen	21
4	Perspektiven der österreichischen Wirtschaft	35
4.1	Außenwirtschaft	35
4.2	Privater Konsum	36
4.3	Investitionen	39
4.4	Öffentliche Haushalte	42
4.5	Löhne und Inflation.....	43
4.6	Arbeitsmarkt	44
4.7	Monetäre Entwicklungen	46
5	Entwicklung internationaler Marktanteile der österreichischen Exporte.....	48
5.1	Hintergrund.....	48
5.2	Makroökonomische Betrachtung	49
5.3	Marktanteile nach Ländern.....	51
5.4	Marktanteile nach Warengruppen.....	54
6	Tabellenanhang.....	61

Export stützt verhaltenes Wachstum

Sofern der Iran-Krieg nicht erneut aufflammt, dürfte die österreichische Wirtschaft auf einen verhaltenen Wachstumskurs zurückkehren. Für den Prognosezeitraum 2026 bis 2030 erwartet das IHS eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 1,0 % pro Jahr. Nach deutlichen Marktanteilsverlusten in den Vorjahren dürften die Exporte wieder im Einklang mit den Exportmärkten zulegen. Auch die Bauwirtschaft sollte mittelfristig ihre langjährige Krise überwinden und die Rezession hinter sich lassen. Ausgehend von 3,0 % im laufenden Jahr dürfte die Inflation in Österreich in den kommenden Jahren merklich zurückgehen; ab 2028 sollte das Inflationsziel der EZB von 2 % erreicht werden. Die demografische Entwicklung dämpft das Arbeitskräfteangebot. Zusammen mit einem, wenn auch moderaten, Beschäftigungswachstum sollte dies dazu beitragen, dass die Arbeitslosenquote von 7,5 % im laufenden Jahr bis 2030 auf 6,4 % sinkt. Laut IHS-Prognose sind zusätzliche Anstrengungen notwendig, um die Defizitquote der öffentlichen Haushalte unter die Zielmarke der Bundesregierung von 3 % zu senken.

1 Zentrale Prognoseergebnisse

Nach einer hartnäckigen Rezessionsphase ist die österreichische Wirtschaft im vergangenen Jahr auf einen verhaltenen Wachstumskurs eingeschwenkt. Mit dem Ausbruch des Iran-Kriegs zog zwar die Inflation kräftig an und die Vertrauensindikatoren trübten sich ein. Das IHS geht in seiner Mittelfristprognose aber davon aus, dass die Verwerfungen im Zusammenhang mit dem Iran-Krieg schnell überwunden werden und damit das Wachstum gegen Jahresende wieder an Fahrt gewinnt.

Das IHS erwartet für den Zeitraum 2026 bis 2030 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,0 %, nach 1,9 % im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre, die allerdings von der Erholung nach der Coronapandemie und der Hochinflationsphase geprägt waren. Diese Mittelfristprognose basiert auf der Sommer-Prognose des IHS vom Juni 2026 und erweitert den Prognosehorizont um die Jahre 2028 bis 2030. Ausgehend von 0,8 % bzw. 1,0 % in den Jahren 2026 und 2027 erwartet das Institut für den Zeitraum 2028 bis 2030 Zuwächse der heimischen Wirtschaftsleistung von 1,2 %, 1,1 % und 1,0 %. Damit expandiert die österreichische Wirtschaft im Prognosezeitraum annähernd so stark wie der Euroraum.

Die IHS-Mittelfristprognose orientiert sich am Produktionspotenzial, also der bei Normalauslastung der Produktionsfaktoren erreichbaren gesamtwirtschaftlichen Produktion. Das Institut schätzt, dass das Produktionspotenzial Österreichs von 2026 bis 2030 durchschnittlich um 0,8 % pro Jahr steigen wird. Dabei sinkt der Wachstumsbei-

trag des Arbeitsvolumens mittelfristig aufgrund der demografischen Entwicklung. Das Wachstum des Kapitalstocks dürfte dagegen in etwa konstant bleiben, das Wachstum der totalen Faktorproduktivität leicht steigen.

Im Jahr 2025 lag den Berechnungen des IHS zufolge das Bruttoinlandsprodukt Österreichs um rund 1 % unter den Produktionsmöglichkeiten. Gemäß den Resultaten der Sommerprognose vom Juni wird sich diese Produktionslücke bis 2027 kaum schließen. Das IHS geht vielmehr davon aus, dass dies erst danach im Verlauf bis 2030 allmählich passieren wird.

Die internationalen Rahmenbedingungen schätzt das IHS wie folgt ein: Gegenwärtig erholt sich die Weltwirtschaft von den Folgen des Iran-Kriegs. Das Institut geht davon aus, dass es im Prognosezeitraum zu keiner erneuten Eskalation der geopolitischen Spannungen kommt und sich die Situation bei den Energiepreisen entspannt. Unter diesen Voraussetzungen dürfte die Wirtschaft der USA im Prognosezeitraum um durchschnittlich 1,8 % pro Jahr zulegen. In China dürfte das durchschnittliche jährliche Wachstum 3,9 % betragen, im Euroraum 1,1 %. Insgesamt dürfte die Weltwirtschaft um durchschnittlich 2,8 % pro Jahr wachsen.

Der globale Warenhandel hat sich trotz der erratischen US-Handelspolitik als resilient erwiesen. Er dürfte im Prognosezeitraum um durchschnittlich 2,2 % pro Jahr expandieren. Mit 2,0 % sollten die heimischen Exportmärkte in annähernd gleichem Tempo zulegen. In den letzten beiden Jahren verzeichnete die österreichische Exportwirtschaft vor dem Hintergrund kräftig gestiegener Energie- und Lohnstückkosten deutliche Marktanteilsverluste. Mit produktivitätsorientierten Lohnabschlüssen in der Industrie dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exporte jedoch nicht weiter verschlechtern. Die Warenexporte werden laut IHS-Prognose um 1,9 % pro Jahr zulegen. Bei den Gesamtexporten von Waren und Dienstleistungen wird der Zuwachs voraussichtlich 2,0 % betragen. Mit 1,9 % pro Jahr dürften die Gesamtimporte nur geringfügig langsamer als die Exporte expandieren, sodass von der Außenwirtschaft insgesamt ein annähernd neutraler Wachstumsbeitrag ausgeht.

Für den Prognosezeitraum rechnet das IHS im Durchschnitt mit einer Zunahme der Verbraucherpreise von 2,3 % pro Jahr. Dabei treibt der vom Iran-Krieg ausgelöste neuerliche Energiepreisschock die Inflation im laufenden Jahr kräftig an. Der Verbraucherpreisindex stieg ausgehend von 2 % zu Jahresbeginn bis Mai auf 3,7 %. Mit der Normalisierung der Energiepreise wird sich der Preisauftrieb in der zweiten Jahreshälfte merklich verlangsamen. Für den Jahresdurchschnitt 2026 erwartet das IHS einen Anstieg der Verbraucherpreise von 3,0 %, für 2027 von 2,3 %. Für die Jahre ab 2028 prognostiziert es Inflationsraten von 2 %.

In der zurückliegenden Fünfjahresperiode verzeichnete der private Konsum in Österreich ein durchschnittliches Wachstum von 2,3 % pro Jahr. Nachdem der Konsum mit dem Wegfall der coronabedingten Einschränkungen stark zugelegt hatte, entwickelte er sich danach nur verhalten. Im Prognosezeitraum drückt nun die Budgetkonsolidierung auf die Realeinkommen. Für das laufende Jahr erwartet das IHS daher ein Konsumwachstum von nur 0,5 %. Mit dem Rückgang der Inflation dürfte sich das Konsumklima jedoch etwas aufhellen, sodass der private Konsum im weiteren Prognosezeitraum um jährlich $\frac{3}{4}$ % zulegt. Die Sparquote dürfte ausgehend von 9,9 % im Vorjahr bis 2030 auf 9,3 % sinken.

Die Bruttoanlageinvestitionen in Österreich sind im Zeitraum 2021 bis 2025 um durchschnittlich 0,5 % pro Jahr gewachsen. Dabei verzeichneten die Ausrüstungsinvestitionen einen durchschnittlichen Zuwachs von 2,8 %, während die Bauinvestitionen um durchschnittlich 2,2 % pro Jahr zurückgingen. Nach einer schwachen Entwicklung in den Jahren 2023 und 2024 zogen die Ausrüstungsinvestitionen im vergangenen Jahr wieder kräftig an. Dieses starke Wachstum dürfte im Prognosezeitraum zwar nicht anhalten, dennoch rechnet das IHS mit einem moderaten Aufwärtstrend. Die infolge des Iran-Kriegs gestiegenen Finanzierungskosten sollten in den kommenden Jahren wieder sinken. Da sich die Inlands- und Auslandsnachfrage allmählich beleben, wird sich auch die Kapazitätsauslastung voraussichtlich verbessern. Vor diesem Hintergrund prognostiziert das IHS, dass die Ausrüstungsinvestitionen im Zeitraum 2026 bis 2030 um durchschnittlich 1,7 % pro Jahr zulegen. Die Bauinvestitionen dürften sich nach den deutlichen Rückgängen in den vergangenen Jahren allmählich erholen. Sie sollten ihren Tiefpunkt im kommenden Jahr erreichen und im Durchschnitt des Prognosezeitraums um 0,3 % pro Jahr zulegen. Zusammen genommen ergibt sich daraus für die Bruttoanlageinvestitionen ein durchschnittlicher jährlicher Zuwachs von 1,1 %.

Trotz der Rezession in den Jahren 2023 bis 2024 blieb die Arbeitsmarktlage in Österreich robust. Seit dem Jahreswechsel 2025/26 ist die Beschäftigung wieder leicht aufwärts gerichtet, und das Tempo des Anstiegs der Arbeitslosigkeit hat sich deutlich verlangsamt. Mit der Festigung des Wirtschaftswachstums und bei einem demografisch bedingt langsameren Anstieg des Arbeitskräfteangebots dürfte die Arbeitslosigkeit ab dem kommenden Jahr wieder zurückgehen. Ausgehend von 7,5 % im laufenden Jahr rechnet das IHS bis zum Jahr 2030 mit einem Sinken der Arbeitslosenquote auf 6,4 %. Die Beschäftigung dürfte um durchschnittlich 0,6 % pro Jahr zulegen. Dabei wird die demografische Entwicklung die Fachkräfteengpässe weiter verstärken.

Im Prognosezeitraum prägt die Budgetkonsolidierung die öffentlichen Haushalte. Die Doppelbudgets 2025/26 und 2027/28 des Bundes sehen eine deutliche Rückführung der Defizitquote vor. So verringerte sich das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2025

von 4,6 % auf 4,2 % des BIP. Gegeben die Wirtschaftsentwicklung und die derzeit bekannten budgetären Maßnahmen, erwartet das IHS eine weitere Rückführung der Defizitquote auf 3,6 % im Jahr 2028 und ein nahezu unverändertes Defizit in den beiden Folgejahren. Um die Ausgabendynamik stärker zu dämpfen und die Maastricht-Grenze von 3,0 % zu unterschreiten, bräuchte es stärkere Strukturreformen, insbesondere im Gesundheitswesen und bei den Pensionen, da der demografisch bedingte Ausgabendruck auch über den Prognosezeitraum hinaus hoch bleiben wird.

Die mittelfristige Prognose ist mit erheblichen Risiken behaftet. Weiterhin stellen die geopolitischen Entwicklungen das größte Prognoserisiko da. Ein Wiederaufflammen des Iran-Kriegs würde die Inflation und die Unsicherheit der Wirtschaftsakteure erhöhen, was die ökonomische Aktivität und die Realeinkommen dämpfen würde. Überträgt sich der zusätzliche Preisanstieg auf die Löhne, verschlechtert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie. Weitere internationale Risikofaktoren bilden die erratische US-Politik, insbesondere Unsicherheiten in der Handelspolitik, und potenzielle Korrekturen an den Finanzmärkten.

Stärkere Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung in Österreich dürften das Wachstum zumindest kurzfristig dämpfen. Dagegen könnten bei einer Verbesserung des Konsumklimas die Sparquote stärker zurückgehen und eine kräftigere Konsumnachfrage das Wachstum anschieben. Verstärkte Investitionen der Unternehmen in die Nutzung künstlicher Intelligenz könnten die Produktivität steigern und die mittelfristigen Wachstumsaussichten verbessern.

Einen Schwerpunkt der diesjährigen IHS-Mittelfristprognose bildet eine Analyse der Warenexporte Österreichs im Zeitraum 2017 bis 2025, in deren Zentrum die Entwicklung der heimischen Marktanteile in den Haupthandelspartnerländern und wichtigsten Warengruppen steht. Anders als in Deutschland stützen die Daten nicht die Hypothese, dass sich die heimischen Warenexporte vom Welthandel entkoppelt haben. In einer disaggregierten Betrachtung nach Exportdestinationen und Warengruppen zeigt sich im Zeitraum 2017 bis 2025 kein systematischer Verlust an Marktanteilen. Allerdings hat Österreich seit 2022 beträchtliche Verluste in den wichtigen Warengruppen Maschinen und Fahrzeuge verzeichnet, in denen China seine Marktposition besonders deutlich ausbauen konnte.

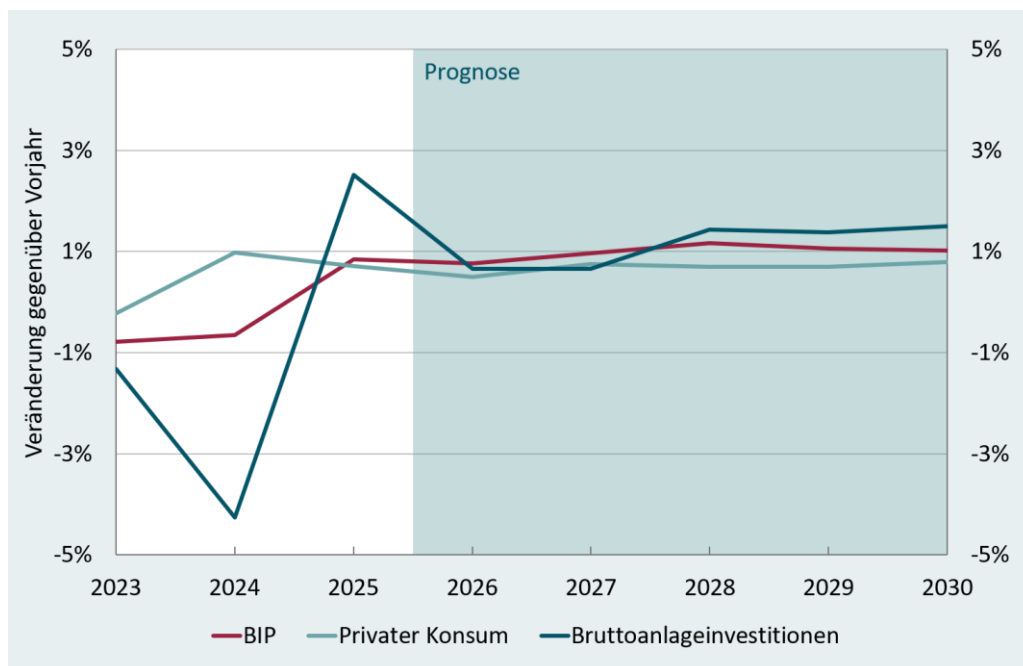
Tabelle 1: Hauptergebnisse der IHS-Prognose
Durchschnittliche jährliche Veränderungen in Prozent

	2016–2020	2021–2025	2026–2030
Bruttoinlandsprodukt, real	0,4	1,9	1,0
Privater Konsum, real	–0,5	2,3	0,7
Bruttoinvestitionen, real	1,7	–0,1	1,6
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,3	0,5	1,1
Ausrüstungsinvestitionen, real	2,9	2,8	1,7
Bauinvestitionen, real	1,7	–2,2	0,3
Inlandsnachfrage, real	0,4	1,6	0,9
Exporte i. w. S., real	1,1	3,3	2,0
Waren, real (laut VGR)	1,6	2,6	1,9
Reiseverkehr, real (laut VGR)	–8,1	9,5	1,9
Importe i. w. S., real	1,2	3,0	1,9
Waren, real (laut VGR)	1,1	1,2	1,9
Reiseverkehr, real (laut VGR)	–14,8	25,6	2,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1,1	1,4	0,6
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	8,5	7,0	7,0
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	5,7	5,4	5,4
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	3,3	6,4	3,0
Preisindex des BIP	1,7	4,2	2,0
Verbraucherpreisindex	1,6	5,1	2,3
Budgetsaldo laut Maastricht (% des BIP) ⁱ	–1,9	–4,1	–3,7
3-Monats-Euribor ⁱ	–0,3	1,8	2,3
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	0,3	2,1	3,5

ⁱ absolute Werte

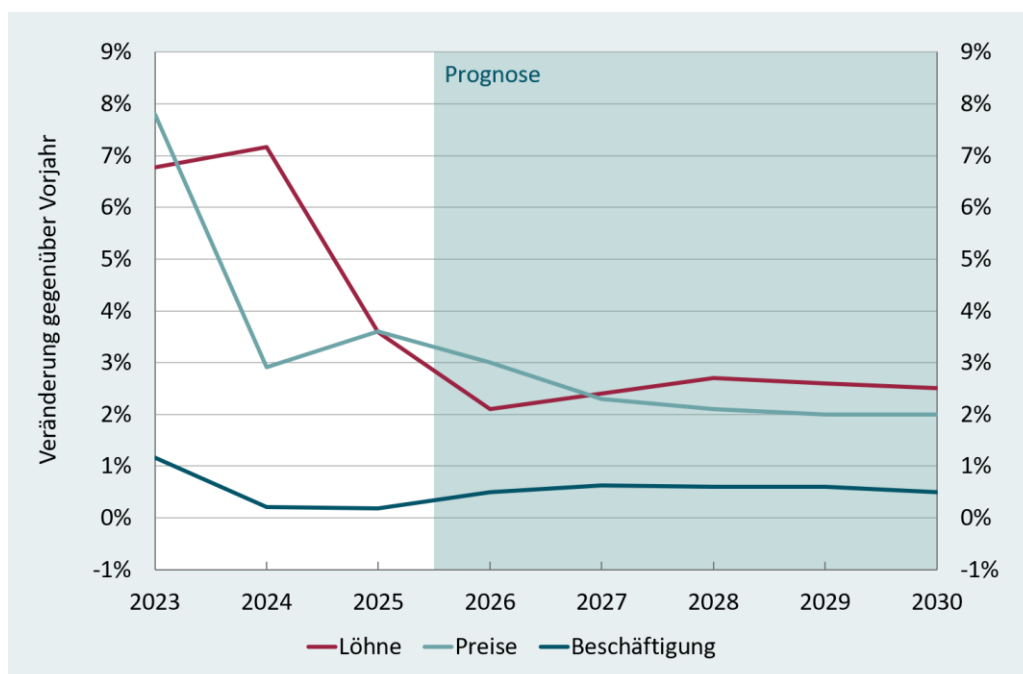
Quelle: Statistik Austria, LSEG Datastream, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



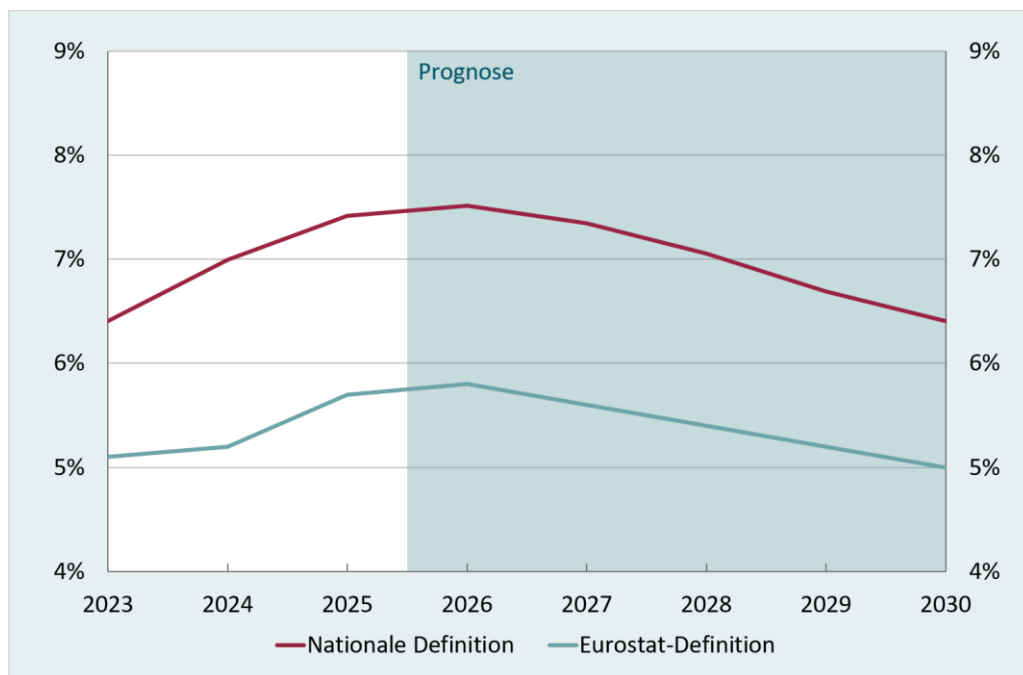
Quelle: Statistik Austria, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



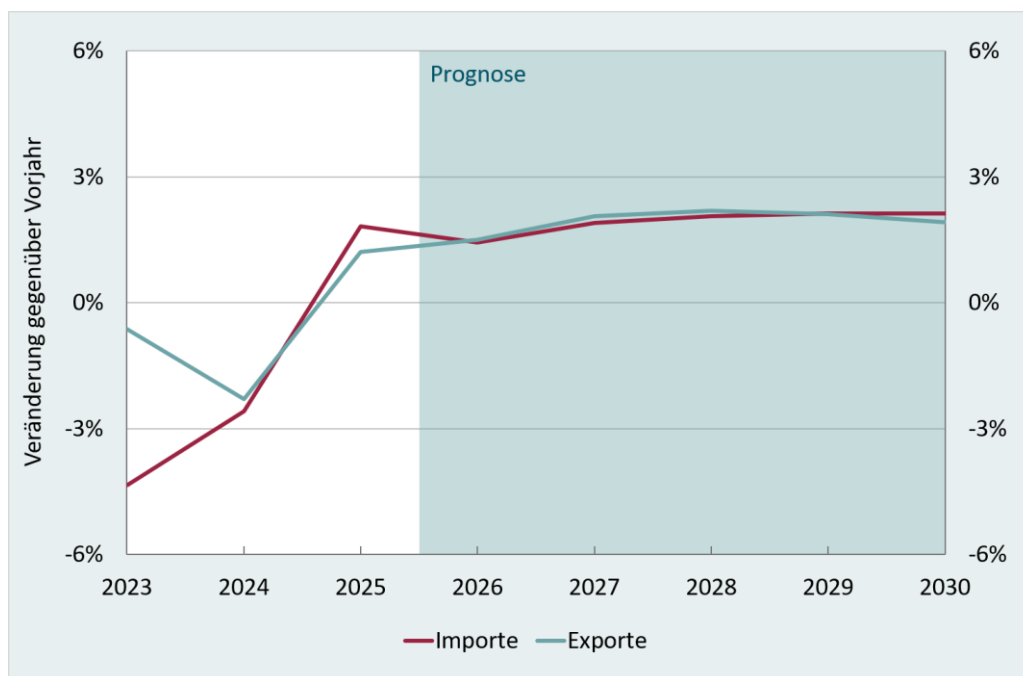
Quelle: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



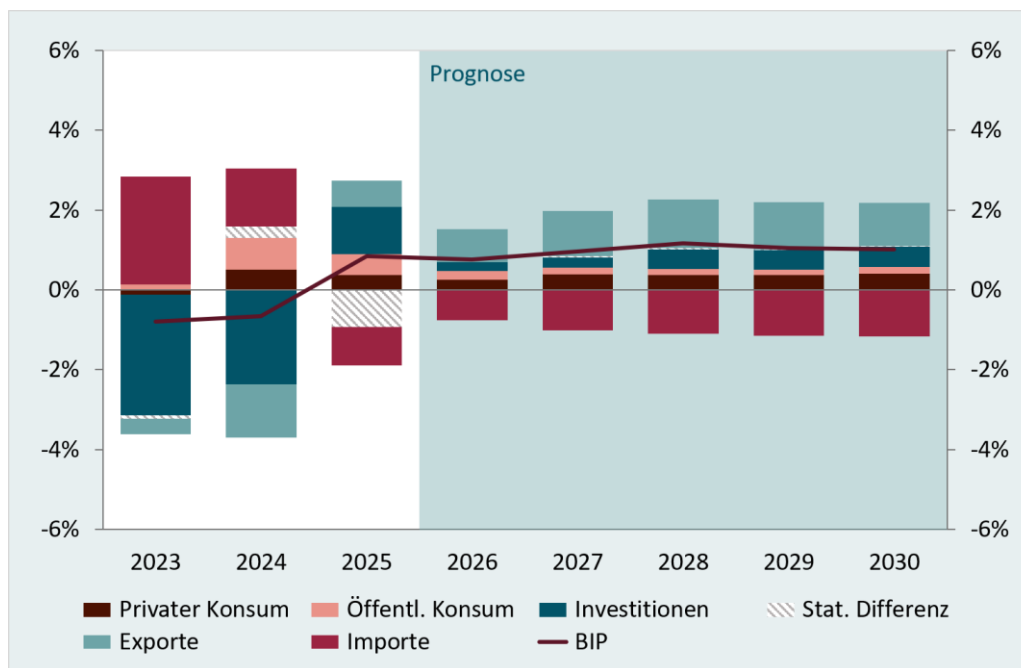
Quelle: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



Quelle: Statistik Austria, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2026 Prognose des IHS

2 Das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft

Das Produktionspotenzial, also die bei einer normalen Auslastung der Produktionsfaktoren erreichbare gesamtwirtschaftliche Produktion, dient als Anker der mittelfristigen Projektion. Lohn- und Preisanpassungen sorgen dafür, dass im mittelfristigen Durchschnitt die tatsächliche Produktion den Produktionsmöglichkeiten entspricht. Als Produktionsfaktoren werden bei der hier verwendeten Schätzung des Produktionspotenzials der Trend des in Stunden gemessenen Arbeitsvolumens, der Kapitalstock und der Trend der totalen Faktorproduktivität berücksichtigt. Die totale Faktorproduktivität misst in einer Produktionsfunktion jenen Teil der Änderung der gesamtwirtschaftlichen Produktion, der nicht auf Änderungen des mengenmäßigen Einsatzes von Arbeit und Kapital zurückzuführen ist.

Hinsichtlich der Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird auf die Bevölkerungsprognose von Statistik Austria (Hauptvariante mit mittlerer Zuwanderung) zurückgegriffen. Als Personen im erwerbsfähigen Alter werden, wie bei der offiziellen Produktionspotenzialschätzung in der EU, Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren berücksichtigt, auch wenn in Österreich noch immer nur sehr wenige Personen über 64 Jahren am Arbeitsmarkt aktiv sind. Gemäß der aktuellen Projektion von Statistik Austria wird die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter in Österreich im Jahr 2030 um rund 88.000 Personen bzw. 1,3 % höher sein als im Jahr 2025. Die Zunahme geht vollständig auf die Zuwanderung zurück, denn in der Variante ohne Zuwanderung würde der Bevölkerungsstand bis 2030 um rund 92.000 Personen bzw. 1 % zurückgehen.

Die Erwerbsbeteiligung der Personen bis 64 Jahre ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Für den Prognosezeitraum ist noch ein leichter weiterer Anstieg zu erwarten, vor allem wegen der schrittweisen Heranführung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters von Frauen an das der Männer. Die Erwerbsquote der Personen über 64 Jahren wird dagegen voraussichtlich auch weiterhin sehr niedrig bleiben. Die gesamte trendmäßige Erwerbsbeteiligung wird gemäß der vorliegenden Projektion bis zum Jahr 2030 um 0,7 Prozentpunkte zunehmen.

Die strukturelle Arbeitslosenquote wurde den Schätzungen des IHS zufolge von der Coronakrise und der Energiepreiskrise infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine nur wenig beeinflusst. Jedoch hat sich ihr Rückgang zuletzt verlangsamt. Auch wegen des Arbeitskräftemangels in vielen Bereichen dürfte die aktuelle Arbeitslosigkeit zu einem großen Teil strukturelle Ursachen haben. Die auf Basis der international harmonisierten Definition der Arbeitslosigkeit berechnete strukturelle

Arbeitslosenquote dürfte daher von den geschätzten 5,2 % im Jahr 2025 bis 2030 nur marginal auf 5,1 % sinken.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Teilzeitbeschäftigung ist die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen in den vergangenen Jahren gesunken. Diese Tendenz dürfte sich im Prognosezeitraum nicht fortsetzen. Die Trendfortschreibung ergibt bis zum Jahr 2030 einen Anstieg um insgesamt 0,3 %. Alles in allem dürfte damit das trendmäßige Arbeitsvolumen bis zum Ende des Fünfjahreszeitraums um 2,8 % steigen, was einer durchschnittlichen Zunahme um knapp 0,6 % pro Jahr entspricht.

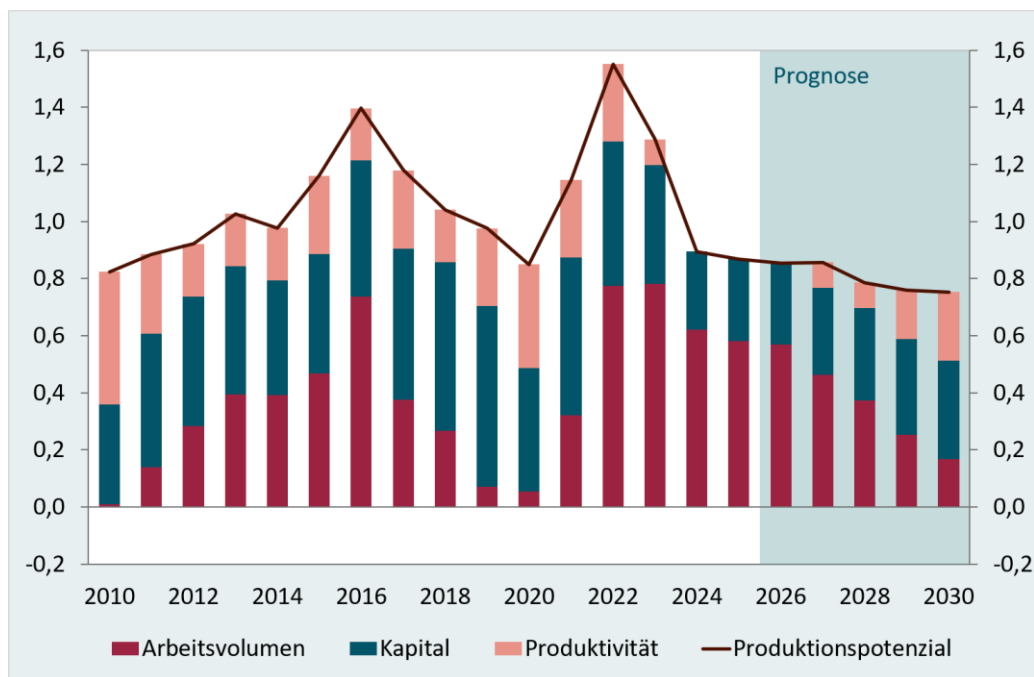
Wegen der schleppenden Konjunktur im Inland, des schwachen internationalen Umfelds insbesondere in den für Österreich wichtigen europäischen Ländern sowie des Verlusts an preislicher Wettbewerbsfähigkeit ist in den vergangenen Jahren die Kapazitätsauslastung in der Industrie gesunken. Da zudem die Unsicherheit hoch ist, sind die Anlageinvestitionen in Österreich in den Jahren 2022 bis 2024 gesunken und haben sich erst im Jahr 2025 erholt. Dabei legten die Ausrüstungsinvestitionen im vergangenen Jahr kräftig zu, während die Bauinvestitionen weiter zurückgingen. Wegen der Investitionsschwäche hat sich das Wachstum des Kapitalstocks verlangsamt. Da die Belastungsfaktoren im Prognosezeitraum abnehmen und die Investitionen damit weiter zunehmen dürften, wird der Kapitalstock bis zum Jahr 2030 voraussichtlich um 0,9 % pro Jahr ausgeweitet.

Das Wachstum der totalen Faktorproduktivität (TFP) hat sich in Österreich, wie in vielen anderen Industrieländern, deutlich abgeschwächt. Seit dem Jahr 2011 ist die TFP nur um 0,2 % pro Jahr, seit 2023 gar nicht mehr gestiegen. Die Verschlechterung der Standortbedingungen, etwa durch kräftige Kostensteigerungen und bürokratische Hürden, dürfte die Produktivität in Mitleidenschaft gezogen haben. Diese Faktoren werden wohl auch in der mittleren Frist fortbestehen. Zusätzliche Investitionen in die Digitalisierung sowie in Forschung und Entwicklung dürften die Produktivitätsentwicklung in den kommenden Jahren aber stützen. Das IHS schätzt, dass die trendmäßige Produktivität im Durchschnitt der kommenden fünf Jahre um 0,1 % pro Jahr zunehmen wird.

Auf Basis der beschriebenen Entwicklung der Bestimmungsfaktoren geht das IHS davon aus, dass das Produktionspotenzial im Jahr 2025 um 0,9 % gestiegen ist. Wegen der demografischen Entwicklung wird sich der Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens im Prognosezeitraum deutlich abschwächen. Dies kann durch die geringfügige Zunahme des Produktivitätswachstums nicht ausgeglichen werden. Daher wird das Potenzialwachstum allmählich abnehmen. Für den Zeitraum bis 2030 resultiert

daraus eine durchschnittliche Zunahme der Produktionsmöglichkeiten um 0,8 % pro Jahr (Abbildung 6).

Abbildung 6: Produktionspotenzial und seine Determinanten
in Prozent bzw. Prozentpunkten

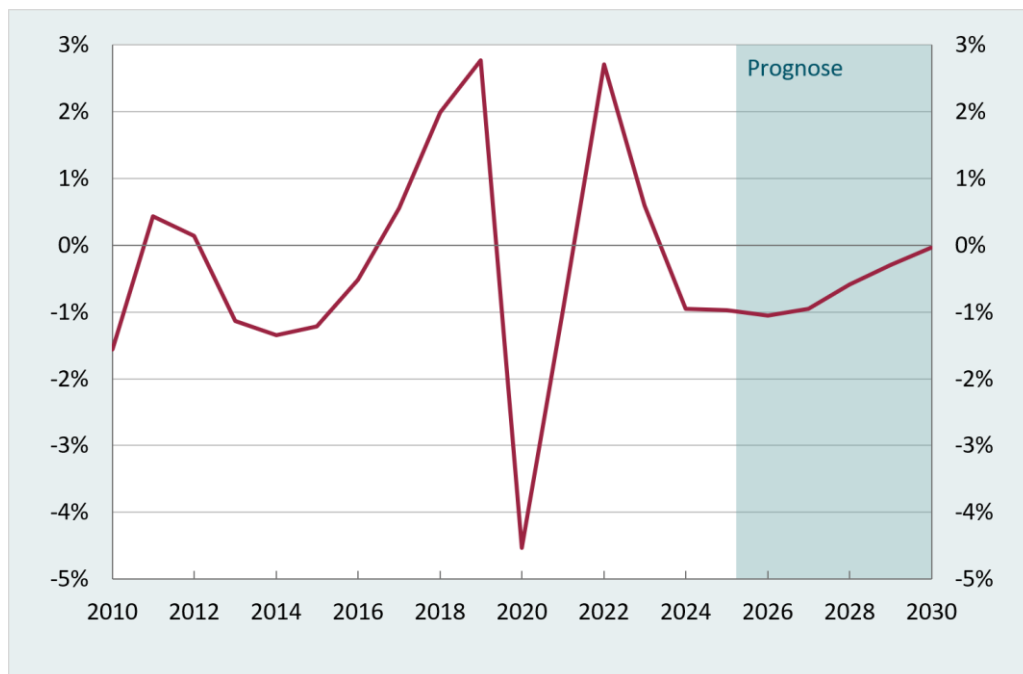


Quelle: Eigene Schätzungen und Berechnungen, ab 2026 Prognose des IHS

Die Rezession infolge der Energiepreiskrise hat dazu geführt, dass im Jahr 2024 den IHS-Schätzungen zufolge das Bruttoinlandsprodukt um rund 1 % unter den Produktionsmöglichkeiten lag (Abbildung 7). Da die gesamtwirtschaftliche Produktion gemäß der IHS-Sommerprognose vom Juni in diesem und dem kommenden Jahr in etwa im Gleichklang mit den Produktionsmöglichkeiten wachsen wird, ändert sich die Produktionslücke bis 2027 kaum. Erst mit der erwarteten wirtschaftlichen Belebung in der mittleren Frist werden die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten wieder stärker ausgelastet. Wie bei mittelfristigen Wirtschaftsprognosen üblich, wird davon ausgegangen, dass ohne das Auftreten neuer makroökonomischer Schocks am Ende des Fünfjahreszeitraums die Produktionslücke geschlossen sein wird.

Abbildung 7: Produktionslücke

Abweichung des realen Bruttoinlandsprodukts vom Produktionspotenzial in Prozent des Produktionspotenzials



Quelle: Eigene Schätzungen und Berechnungen, ab 2026 Prognose des IHS.

3 Die internationale Konjunktur

3.1 Überblick

Die weltweite Wirtschaftsleistung ist im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 4,0 % pro Jahr gestiegen. Dabei belief sich das Wachstum in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf 2,9 % und in den Entwicklungs- und Schwellenländern auf 4,9 % pro Jahr. Besonders kräftig wuchs die Wirtschaftsleistung Indiens mit 8,0 % pro Jahr. Der Beginn des Fünfjahreszeitraums war durch die Erholung von der Coronapandemie geprägt. In den Jahren 2022 und 2023 führte dann der russische Überfall auf die Ukraine zu einem Energiepreisschock, der wegen der hohen Abhängigkeit von russischem Erdgas vor allem einige europäische Volkswirtschaften in Mitleidenschaft zog. Im Jahr 2025 kamen Verwerfungen durch die aggressive und erratische US-Zollpolitik hinzu, die die Kosten des internationalen Handels und die handelspolitische Unsicherheit in die Höhe trieb und zu umfangreichen Handelsumlenkungen führte, letzteres vor allem im Handel innerhalb Asiens sowie zwischen China und den USA.

Das Volumen des globalen Warenhandels nahm gemäß Daten des CPB im Zeitraum 2021 bis 2025 um 3,7 % pro Jahr zu. Nachdem er infolge der Erholung vom pandemiebedingten Einbruch im Jahr 2021 um knapp 10 % gestiegen war, zeigte er sich in den folgenden Jahren robust gegenüber den wechselnden Belastungsfaktoren. Im Jahr 2023 ging der Welthandel zwar um 0,9 % zurück, aber in den übrigen Jahren des zurückliegenden Fünfjahreszeitraums expandierte er solide. Dabei war der Warenaustausch vor allem in Asien kräftig. Bemerkenswert ist vor allem, dass Chinas Exporte mit durchschnittlich 8,3 % pro Jahr stark zulegten, während die chinesischen Importe nur um 1,5 % pro Jahr ausgeweitet wurden. In den anderen asiatischen Volkswirtschaften stiegen sowohl die Exporte als auch die Importe kräftig. Im Jahr 2025 dürften sich hier Handelsumlenkungen als Reaktion auf die US-Zollpolitik bemerkbar gemacht haben. Schwach blieb der internationale Handel in Europa. So nahm der Durchschnitt aus Exporten und Importen des Euroraums gemäß CPB-Daten nur um 0,9 % pro Jahr zu. Ein ähnliches Bild wie beim Welthandel zeigt sich, ebenfalls auf Basis von CPB-Daten, bei der globalen Industrieproduktion. Diese stieg im Durchschnitt des Zeitraums 2021 bis 2025 um 3,2 % pro Jahr. In China (6,0 % pro Jahr) und den anderen asiatischen Schwellenländern (5,0 % pro Jahr) expandierte die Industrieproduktion kräftig, während sie im Euroraum mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1,3 % pro Jahr und vor allem in Japan (0,3 % pro Jahr) schwach war.

Die Weltwirtschaft wird bis zum Jahr 2030 voraussichtlich weiter moderat expandieren. Allerdings dürfte das Wachstumstempo mittelfristig, wie bereits in den vergangenen Jahren, langsamer als im Trend der Jahre zwischen der globalen Finanz- und

Wirtschaftskrise der Jahre 2008/09 und der Coronapandemie ausfallen. Sowohl in China als auch in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften führt die Alterung der Bevölkerung zu einem geringeren Trendwachstum. Dieser Rückgang kann durch andere Weltregionen nicht ausgeglichen werden. Wachstumsbremsend wirken auch die höheren Verteidigungsausgaben. Diese schaffen zwar kurzfristig Nachfrage, aber sie führen dazu, dass knappe Ressourcen in Bereiche mit verhältnismäßig geringem Produktivitätsfortschritt gelenkt werden. Auch die Investitionen in die Dekarbonisierung der Wirtschaft sind zwar notwendig, aber sie schaffen nicht mehr Produktionsmöglichkeiten. Die protektionistische Handelspolitik dürfte ebenfalls das Wachstum von Handel und Produktion beeinträchtigen. Produktivitätsgewinne sind hingegen durch die fortschreitende Entwicklung und Nutzung künstlicher Intelligenz zu erwarten. Alles in allem dürfte die weltweite Wirtschaftsleistung bis 2030 durchschnittlich um 2,8 % pro Jahr expandieren. Dabei wird für die OECD-Länder ein Wachstum um 1,7 % erwartet. Das Wachstum wird also weiterhin vor allem von den Schwellenländern getragen. Der Welthandel dürfte um 2,2 % pro Jahr steigen.

Der Erdölpreis unterlag in den vergangenen Jahren starken Schwankungen. Der Terminmarktpreis für eine Lieferung in zwei Monaten erreichte im vergangenen Fünfjahreszeitraum gemessen an Tagesdurchschnittspreisen gleich zu Beginn mit knapp 51 US-Dollar je Barrel Brent sein Minimum. Das Maximum wurde mit 126 US-Dollar Anfang März 2022, also kurz nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, erreicht. Der Durchschnitt belief sich im Zeitraum 2021 bis 2025 auf knapp 81 Dollar je Barrel. Der Iran-Krieg, der mit dem Angriff der USA und Israels auf den Iran Ende Februar 2026 ausgelöst wurde, hat die Preise für Erdöl, Erdgas sowie einige Industriemetalle und Dünger erneut kräftig steigen lassen. So übersprang der Preis für Erdöl der Sorte Brent zeitweise erneut die Marke von 100 US-Dollar, nachdem der Preis unmittelbar vor Kriegsbeginn bei rund 70 US-Dollar gelegen hatte. Der Pfad des Ölpreises im Prognosezeitraum basiert auf Terminmarktnotierungen. Aus diesen ergibt sich für den Zeitraum 2026 bis 2030 ein durchschnittlicher Erdölpreis von knapp 76 US-Dollar je Barrel Brent. Noch wesentlich stärker als beim Ölpreis war die Schwankungsbreite beim europäischen Gaspreis. Dieser wurde von den befürchteten Unterbrechungen der Lieferung von leitungsgebundenem Erdgas aus Russland im Gefolge des russischen Überfalls auf die Ukraine im Jahr 2022 stark in die Höhe getrieben. Gemessen an Tagesdurchschnitten erreichte der Preis für eine MWh Erdgas zur Lieferung in einem Monat am europäischen Handelsplatz TTF im August 2022 mit 311 Euro den Höchstwert. Mit der Diversifizierung der Gasversorgung in Europa ging der Gaspreis rasch zurück. Im Durchschnitt des Zeitraums 2021 bis 2025 belief er sich auf rund 58 Euro. Im Zuge des Iran-Kriegs stieg auch der Gaspreis im März 2026, aber nicht so stark wie im Jahr 2022. Diesmal war vor allem Asien betroffen, weil durch die Straße von Hormus, die während des Iran-Kriegs faktisch gesperrt war, insbesondere Asien

mit verflüssigtem Erdgas versorgt wird. Im Prognosezeitraum dürfte der Gaspreis in Europa aufgrund des zunehmenden Einsatzes von verflüssigtem Erdgas statt des durch Pipelines transportierten Erdgases höher bleiben als vor Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine und auch höher als in anderen Weltregionen wie Asien oder den USA. Für die übrigen Rohstoffpreise wird unterstellt, dass sie im Prognosezeitraum konstant bleiben.

Der durchschnittliche Wechselkurs zwischen dem Euro und dem US-Dollar betrug in den vergangenen fünf Jahren 1,10 USD/EUR. Innerhalb des Fünfjahreszeitraums schwankte er zwischen 0,96 USD/EUR Ende September 2022 und 1,23 USD/EUR Anfang 2021. Für die vorliegende Prognose wird ein durchschnittlicher Wechselkurs von 1,18 USD/EUR unterstellt.

Die Risiken für die Weltwirtschaft bleiben hoch. Insbesondere besteht das Risiko, dass die Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran über ein endgültiges Friedensabkommen scheitern und die Kämpfe wieder aufflammen. Dann könnte auch die Straße von Hormus erneut blockiert werden. Weiterhin hoch sind auch die Risiken im Umfeld des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und im Zusammenhang mit den Spannungen um Taiwan. Außerdem würden abrupte Änderungen in den Bewertungen von Aktien und Anleihen die Finanzierungsbedingungen verschlechtern. Solche Änderungen könnten etwa auftreten, wenn an den Finanzmärkten die Wachstumshoffnungen in die künstliche Intelligenz enttäuscht werden und die Aktien der entsprechenden Unternehmen Kurseinbrüche erleiden. Neubewertungen an den Finanzmärkten könnten auch aus dem starken Anstieg der Staatsverschuldung in vielen Ländern resultieren. Besser als erwartet würde sich die Konjunktur entwickeln, wenn es zu einer raschen tragfähigen Lösung im Zollkonflikt kommt und damit auch die wirtschaftspolitische Unsicherheit abnimmt

3.2 Länder und Regionen

Im **Euroraum** nahm die Wirtschaftsleistung im Zeitraum 2021 bis 2025 um durchschnittlich 2,6 % pro Jahr zu. Unter den vier größten Mitgliedstaaten war der Anstieg mit 4,3 % pro Jahr in Spanien am stärksten, gefolgt von 3,1 % pro Jahr in Italien, 2,7 % in Frankreich und 0,9 % in Deutschland. Unter allen aktuell 21 Mitgliedsländern des Euroraums verzeichneten im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre Finnland mit 0,5 % pro Jahr das niedrigste und Malta mit 7,3 % pro Jahr das höchste Wachstum. Besonders volatil war das Wachstum in Irland, wo Investitionen und Exporte seit geraumer Zeit durch die Aktivitäten multinationaler Konzerne beeinflusst werden. Außerdem ist in Irland der Pharmasektor wichtig, und dort wurden Produktion und Exporte im Jahr 2025 durch die Ankündigungen von US-Importzöllen auf

Pharmaprodukte beeinflusst. Aus diesen Gründen expandierte die Wirtschaftsleistung Irlands in den Jahren 2021 und 2025 mit 16,3 % bzw. 12,3 % außerordentlich stark, während das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 um 2,5 % sank.

Verwendungsseitig wies im Durchschnitt der zurückliegenden fünf Jahre im Euroraum der Dienstleistungshandel den stärksten Anstieg auf. Die Exporte expandierten im Durchschnitt um 6,7 %, die Importe um 5,9 % pro Jahr. Auch die Ausfuhren und die Einfuhren von Waren stiegen mit jeweils 2,8 % kräftiger als die inländischen Verwendungskomponenten. Unter letzteren nahmen der private Konsum um 2,8 %, der Staatskonsum um 2,2 % und die Anlageinvestitionen um 1,8 % pro Jahr zu. Auf der Entstehungsseite war die Erzeugung in der Bauwirtschaft schwach. Hier erhöhte sich die Wertschöpfung um 0,9 % pro Jahr. Noch niedriger war der Zuwachs nur im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen mit 0,5 % pro Jahr. Im Verarbeitenden Gewerbe nahm die Wertschöpfung um 2,7 % pro Jahr zu. Dabei machte sich vor allem die Erholung von der Coronapandemie zu Beginn des Fünfjahreszeitraums bemerkbar, während die Produktion in der Industrie in den Jahren 2023 und 2024 infolge des Energiepreisschocks und der folgenden kräftigen Lohnsteigerungen in einigen Mitgliedsländern zurückging. Kräftig nahm die Wertschöpfung im Bereich Information und Kommunikation, im Handel und in den wirtschaftsnahen Dienstleistungen zu.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Verlauf der vergangenen fünf Jahre trotz der Energiepreiskrise und der US-Zollpolitik verbessert. Zu Beginn des Fünfjahreszeitraums war die saisonbereinigte harmonisierte Arbeitslosenquote mit 8,2 % infolge der Coronapandemie noch recht hoch. Sie ging dann aber zügig zurück und belief sich Ende 2025 auf 6,3 %. Für den Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre ergibt sich ein Wert von 6,7 %. Die Heterogenität zwischen den Mitgliedsländern ist nach wie vor beträchtlich. Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre wiesen Spanien mit 12,4 % und Griechenland mit 11,5 % die höchsten Arbeitslosenquoten auf, während sie in Deutschland und in Malta mit jeweils 3,4 % am niedrigsten war. Spiegelbildlich zum Rückgang der Arbeitslosigkeit stieg die Beschäftigung. Im vierten Quartal 2025 waren um 7,3 % mehr Personen im Euroraum erwerbstätig als Ende 2020, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden erhöhte sich im selben Zeitraum um knapp 12 %. Auch hier muss der Einfluss der Coronapandemie berücksichtigt werden. In vielen Mitgliedsländern wurde stark von Kurzarbeitsregelungen Gebrauch gemacht, und Ende 2020 waren die wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie noch deutlich spürbar. Die gesamtwirtschaftlichen Belastungsfaktoren und die demografische Entwicklung haben dazu geführt, dass die Beschäftigung im Jahr 2023 gesunken ist und anschließend nur mäßig ausgeweitet wurde. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden erhöhte sich in den Jahren 2024 und 2025 um 0,9 % bzw. 0,6 %.

Die Inflationsrate lag im Durchschnitt des Zeitraums 2021 bis 2025 bei 4,2 % und war damit mehr als doppelt so hoch wie das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2 %. Ausschlaggebend dafür war der Energiepreisschock infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine, der die Inflation auf 8,4 % im Jahr 2022 sowie 5,5 % im Jahr 2023 trieb. Die Energiepreise stiegen bereits im Jahr 2021 im Vorfeld des Kriegs in der Ukraine um knapp 13 % und im Jahr 2022 um knapp 37 %. Ab 2023 gingen sie jeweils im Jahresdurchschnitt zurück. Infolge der Weitergabe der Energiepreisssteigerungen entlang der Wertschöpfungskette und wegen der folgenden deutlichen Lohnerhöhungen war auch die Kerninflation, also die Inflation ohne Energie und Nahrungsmittel, im Durchschnitt des Fünfjahreszeitraums mit 3,1 % höher als das Inflationsziel. Im Jahr 2025, als die Gesamtinflation mit 2,1 % das EZB-Ziel annähernd erreicht hatte, war die Kerninflation mit 2,4 % noch immer höher. Wegen des neuerlichen Energiepreisschubs durch den Iran-Krieg Anfang 2026 wird die Inflation in den Jahren 2026 und 2027 noch über 2 % liegen, anschließend aber wieder dem Inflationsziel entsprechen.

Im Zeitraum 2026 bis 2030 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum um 1,1 % pro Jahr zunehmen (Tabelle 2). Zwar wird der private Konsum von der mittelfristig wieder sinkenden Inflation profitieren, und der Staatskonsum sowie die Investitionen werden zunächst durch die umfangreichen Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur angeregt. Mittelfristig steigt aber der Konsolidierungsdruck der öffentlichen Finanzen. Außerdem dürfte die Zinserhöhung der EZB wegen der hohen Inflation im Jahr 2026 die Investitionen bremsen. Erst allmählich werden die Investitionen von dann wieder sinkenden Zinsen und der abnehmenden Unsicherheit angeregt. Mit der konjunkturellen Besserung dürfte die Arbeitslosigkeit weiter sinken, wobei Arbeitskräfteknappheiten zunehmend das Wachstum bremsen. Die Inflation dürfte im Durchschnitt des Fünfjahreszeitraums 2,2 % betragen. Die Arbeitslosenquote wird wohl ausgehend vom aktuellen Wert von 6,2 % noch etwas sinken und sich im Durchschnitt des Zeitraums bis 2030 auf 6,1 % belaufen.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2021–2025	2026–2030
BIP-Veränderung	2,6	1,1
Arbeitslosenquote	6,7	6,1
Inflation HVPI	4,2	2,2

Quelle: Eurostat, ab 2026 Prognose des IHS

Die **Vereinigten Staaten** befinden sich seit der Coronapandemie auf einem stabilen Expansionspfad. Die Wirtschaftsleistung stieg zwischen 2021 und 2025

durchschnittlich um 3,3 % pro Jahr. Das Wachstum lag damit im Durchschnitt über dem langfristigen Trendwachstum. Seit Ende Februar wird die konjunkturelle Entwicklung durch den Konflikt mit dem Iran beeinträchtigt. Der Ausbruch des Kriegs im Nahen Osten und die Sperrung der Straße von Hormus lösten Anstiege der Spritpreise aus, die die Inflation in die Höhe trieben und die Konsumstimmung dämpften. Darüber hinaus besteht weiterhin Unsicherheit über die US-Handelspolitik. Seit Beginn des Jahres 2026 lag die Arbeitslosenquote im Durchschnitt bei 4,3 %, was nahe an den Schätzungen der natürlichen Arbeitslosenquote lag.

Die US-Wirtschaftspolitik wurde vor allem durch höhere Importzölle, eine restriktivere Einwanderungspolitik, Deregulierung, sowie die geplante Verlängerung bzw. Ausweitung von Steuersenkungen der ersten Trump-Regierung (Tax Cuts and Jobs Act) geprägt. Kurzfristig führten die Zölle zu höheren Importpreisen, steigender Inflation und erhöhter Unsicherheit bei Unternehmen. Nachdem der oberste Gerichtshof der USA am 20. Februar 2026 den größten Teil der im vergangenen Jahr eingeführten US-Importzölle für rechtswidrig erklärt hatte, wurde umgehend auf einer anderen gesetzlichen Grundlage ein pauschaler Zollsatz von 10 % eingeführt. Die Unklarheit über die zukünftigen US-Importzölle hält die handelspolitische Unsicherheit hoch. Maßnahmen zur Deregulierung umfassten die Lockerung von Umwelt- und Klimavorschriften, den Abbau regulatorischer Vorschriften für Unternehmen, die Finanzmarktregulierung und den Arbeitsmarkt sowie den Energiesektor. Steuersenkungen sollten zwar grundsätzlich das Wirtschaftswachstum erhöhen, allerdings dürfte das Budgetdefizit laut dem Congressional Budget Office (CBO) auf einem erhöhten Niveau von 6 % bleiben. Die Staatsschuldenquote dürfte folglich innerhalb der nächsten zehn Jahre von bereits über 120 % des BIP auf über 130 % des BIP ansteigen. Die höheren Finanzierungserfordernisse führen auch zu erhöhten Zinsen und die Erwartungen für die Rendite von Treasury-Anleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren sind über 4 % gestiegen. Der langjährige Abwärtstrend bis vor der Coronapandemie hat sich umgekehrt.

Infolge des durch den Iran-Krieg ausgelösten Energiepreisschocks stieg die Inflationsrate und lag im Mai bei 4,2 %. Nachdem die Notenbank Fed im Jahr 2025 drei Zinssenkungen vorgenommen hatte, beließ sie das Zielband der Federal Funds Rate seit Dezember 2024 unverändert zwischen 4,25 % und 4,50 %. Der geldpolitische Kurs bleibt von der Handelspolitik und der Unsicherheit durch den Konflikt im Nahen Osten beeinflusst. Das langfristige Niveau des Leitzinssatzes sahen die Mitglieder des Offenmarktausschusses im Juni bei 3,0 %. Durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz resultierende Produktivitätsverbesserungen sollten den realen Gleichgewichtszinssatz erhöhen. Schätzungen des potenziellen jährlichen Wachstums der Multifaktorproduktivität und der Arbeitsstunden liegen im Prognosezeitraum im

Durchschnitt bei 1,1 % bzw. 0,4 % (CBO). Der wichtigste zukünftige Wachstumstreiber dürften Produktivitätsverbesserungen durch den Einsatz künstlicher Intelligenz darstellen, wobei die Schätzungen des Effekts sehr unterschiedlich ausfallen und etwa zwischen 0,5 und 1,5 % zusätzlichem Produktivitätswachstum liegen. Das Institut geht davon aus, dass sich eine Expansion der Wirtschaft fortsetzt, allerdings ist die Entwicklung mit Unsicherheit behaftet. Es wird ein durchschnittliches BIP-Wachstum zwischen 2026 und 2030 von 1,8 % erwartet.

In **Japan** ist die Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 1,3 % gewachsen. Nach der pandemiebedingten Rezession setzte zunächst eine spürbare wirtschaftliche Erholung ein. Im Jahr 2024 ging die Wirtschaftsleistung jedoch um 0,2 % zurück, bevor sich die Konjunktur 2025 wieder erholte. Insgesamt war die wirtschaftliche Entwicklung zwischen 2021 und 2025 durch ein moderates, schwankendes Wachstum, eine Rückkehr der Inflation und eine massive Abwertung des Yen geprägt.

Für den Zeitraum 2026 bis 2030 zeichnet sich ein tiefgreifender struktureller und technologischer Wandel ab, begleitet von moderatem Wirtschaftswachstum, anhaltendem Inflationsdruck und umfangreichen staatlichen Investitionsprogrammen. Infolgedessen dürfte das BIP um durchschnittlich 0,7 % pro Jahr wachsen.

Japan gehört zu den am stärksten alternden Gesellschaften weltweit und seit 2010 schrumpft die Bevölkerung deutlich. Zur Verringerung akuter Personallücken setzt Japan auf eine Doppelstrategie aus gezielter Zuwanderung und verstärktem Technologieeinsatz. Die restriktive Migrationspolitik wurde gelockert, um dem Arbeitskräftemangel durch mehr Arbeitsvisa, vereinfachte Verfahren und Integrationshilfen zu begegnen. Gleichzeitig versucht die Politik neben dem Ausbau von Robotik und künstlicher Intelligenz, inländische Arbeitskräftepotenziale stärker zu mobilisieren, etwa durch ein höheres Pensionsantrittsalter und eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen. Nach Jahrzehnten weitgehender Lohnstagnation erhöht der akute Arbeitskräftemangel den Druck auf die Unternehmen, die Löhne kontinuierlich anzuheben. Die daraus resultierende Stärkung der Kaufkraft dürfte den privaten Konsum langfristig zu einer zentralen Wachstumsstütze machen.

Mit umfangreichen staatlichen und privaten Investitionen will Japan seine industrielle Basis stärken und seine technologische Unabhängigkeit sichern. Im Zentrum steht der Aufbau einer eigenen High-End-Chip-Produktion, um die Abhängigkeit von China und Taiwan zu verringern. Die staatlichen Förderungen für Digitalisierung, Dekarbonisierung, private Investitionen in saubere Industrien sowie technologiegetriebene Produktivitätsimpulse stärken ebenfalls das BIP-Wachstum. Zur Verringerung seiner hohen Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern setzt Japan auf eine

dreigliedrige Strategie: den Ausbau erneuerbarer Energien, die raschere Wiederinbetriebnahme stillgelegter Kernkraftwerke und die Ausgabe staatlicher „Transition Bonds“.

Nach der Anhebung des Leitzinses auf 1 % im Juni 2026, womit dieser den höchsten Stand seit 31 Jahren erreichte, dürfte die Bank of Japan ihren geldpolitischen Strafkurs fortsetzen. Bis 2030 sind moderate Zinsschritte zu erwarten, die zugleich den starken Wertverlust des Yen begrenzen sollen. Die Regierung hat das Ziel eines jährlichen Primärüberschusses aufgegeben und richtet die Finanzpolitik stattdessen an der mittelfristigen Entwicklung der Schuldenquote aus. Neuverschuldung gilt dabei als tragfähig, sofern investitionsgetriebenes Wachstum die wirtschaftliche Dynamik stärkt und die Staatsfinanzen langfristig stabilisiert. Zugleich erhöhen steigende Pensions- und Gesundheitsausgaben bei schrumpfender Erwerbsbevölkerung den Konsolidierungsdruck.

Bis 2030 dürfte der Verteidigungsetat als industriepolitisches Strukturprogramm wirken, die Verbindung ziviler und militärischer Spitzenforschung vertiefen und Japans Transformation zu einem „Economic Security State“ vorantreiben. Als exportorientierte Volkswirtschaft ist Japan stark vom Technologie- und Handelskonflikt zwischen den USA und China betroffen. Trotz der Diversifizierung seiner Lieferketten bleibt China der wichtigste Handelspartner.

Die Wirtschaft der **Volksrepublik China** ist in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 5,4 % gewachsen. In diesem Zeitraum vollzog das Land den Übergang zu einem langsameren, stärker qualitätsorientierten Wachstumsmodell. Zugleich prägten eine schwere Immobilienkrise und der globale Aufstieg des Landes bei Zukunftstechnologien die wirtschaftliche Entwicklung. Der Immobiliensektor einschließlich seiner Zulieferbranchen war jahrzehntelang für rund 25 bis 30 % der chinesischen Wirtschaftsleistung verantwortlich. Mit der Krise großer Konzerne ab 2021 geriet dieses Wachstumsmodell jedoch unter erheblichen Druck. Der Preisverfall am Immobilienmarkt belastete das Vermögen der Haushalte und trug wesentlich zur anhaltenden Konsumschwäche bei.

Um die Abhängigkeit vom Immobiliensektor zu verringern, leitete die Regierung eine deutliche strategische Neuausrichtung ein. Im Rahmen der Industriestrategie „Made in China 2025“ lenkte der Staat massive Investitionen in die sogenannten „Neuen Drei“: Elektromobilität, Lithium-Ionen-Batterien und Photovoltaik. In diesen Bereichen baute China zwischen 2021 und 2025 eine globale Technologie- und Marktführerschaft auf. Zugleich verschärfte diese Dominanz die handelspolitischen Spannungen mit den USA und der EU und führte zu Strafzöllen sowie weiteren protektionistischen Gegenmaßnahmen.

Im Zeitraum 2026 bis 2030 dürfte das BIP-Wachstum durchschnittlich 3,9 % betragen. Dabei dürfte China in eine Phase dauerhaft langsameren, aber technologisch deutlich intensiveren Wachstums eintreten. Chinas Bevölkerung schrumpft seit 2022, wodurch der Rückgang der Erwerbsbevölkerung zunehmend das langfristige Wachstumspotenzial belastet. Der im März 2026 verabschiedete 15. Fünfjahresplan markiert dabei eine strategische Neuausrichtung: weg von rein quantitativen Wachstumszielen, hin zu nationaler Autarkie, künstlicher Intelligenz und der Dominanz in zentralen globalen Lieferketten.

China will seine hohe Exportabhängigkeit verringern und den Binnenkonsum bis 2030 zu einer zentralen Wachstumssäule machen. Dazu baut der Staat die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere Pensions- und Gesundheitsleistungen deutlich aus, um den hohen Vorsorgesparszwang der Haushalte zu senken und den privaten Konsum zu stärken. Da China zwischen 2026 und 2030 schätzungsweise mehr als 20 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter verlieren dürfte, wird das Pensionsantrittsalter schrittweise angehoben. Parallel dazu schreitet die Automatisierung der Industrie schnell voran. Bis 2030 dürfte China weltweit eine der höchsten Roboterdichten pro Arbeitsplatz erreichen. Die Krise des Immobiliensektors dürfte durch eine tiefgreifende staatliche Neuausrichtung abgefedert werden: Unfertige oder insolvente private große Immobilienprojekte werden zunehmend vom Staat gekauft und in geförderten Wohnraum umgewandelt. Dadurch verliert der Immobilienmarkt an Bedeutung als Spekulationsobjekt und entwickelt sich stärker zu sozialer Infrastruktur, während Kapital verstärkt in den Technologiesektor fließt. China hält trotz wirtschaftlicher Belastungen am Ziel fest, den Höhepunkt der CO₂-Emissionen vor 2030 zu erreichen. Der Ausbau von Solar- und Windkraft sowie grünem Wasserstoff wird daher massiv vorangetrieben.

Zu den größten Herausforderungen Chinas zählt die hohe Verschuldung der Provinzen. Da die Einnahmen aus Landverkäufen an Immobilienentwickler deutlich zurückgegangen sind, müssen diese Verbindlichkeiten zunehmend über Staatsanleihen restrukturiert werden. Hinzu kommt das Dilemma der hohen Abhängigkeit der chinesischen Wirtschaft von Exporten. Sollten die USA und die EU ihre Handelsbarrieren gegenüber chinesischen Hightech-Exporten weiter erhöhen, drohen massive Überkapazitäten. Diese könnten die Preise unter Druck setzen, Unternehmensgewinne schmälern und die industrielle Dynamik Chinas erheblich belasten.

Die Wirtschaftsleistung **Deutschlands** ist im Durchschnitt des Zeitraums 2021 bis 2025 um 0,9 % pro Jahr gestiegen. Der Beginn des Fünfjahreszeitraums war von den Nachwehen der Coronapandemie geprägt, und ab 2022 machte sich der Energiepreisschock im Gefolge des russischen Überfalls auf die Ukraine bemerkbar. Im Jahr 2025 kam dann die aggressive US-Zollpolitik hinzu, die nicht nur die Exporte in die

USA verteuerte, sondern auch die handelspolitische Unsicherheit in die Höhe trieb. Die Exporte Deutschlands litten, ebenso wie die Industrieproduktion, unter der zunehmenden Konkurrenz durch China auf den Weltmärkten. Da die Warenexporte im Jahr 2021 nach dem Einbruch während der Coronapandemie um 10,2 % stiegen, ergibt sich für den gesamten Fünfjahreszeitraums ein Anstieg um 1,1 % pro Jahr. Seit 2023 sinken die Warenexporte. Die Dienstleistungsexporte stiegen zwar in jedem Jahr, zuletzt aber kaum noch. Die Anlageinvestitionen sinken seit dem Jahr 2023. Stabilisierend wirken der private und der öffentliche Konsum. Entstehungsseitig erhöhte sich die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt um 0,8 % pro Jahr, aber auch hier werden seit 2023 Rückgänge verzeichnet. In der Bauwirtschaft ging die Wertschöpfung seit 2021 in jedem Jahr zurück, während die Dienstleistungen das Wachstum stützten.

Wegen der Verwerfungen infolge der Coronapandemie und vor allem wegen des Energiepreisschocks in den Jahren 2022 und 2023 war die Gesamtinflation im Durchschnitt des zurückliegenden Fünfjahreszeitraums mit 4,5 % ausgesprochen hoch. Die Energiekomponente im harmonisierten Verbraucherpreisindex legte im Durchschnitt um 8,1 % pro Jahr zu. Mit der Weitergabe der Energiepreise über Transportkosten und Lohnsteigerungen war auch die Kerninflation, also die Inflation ohne die Preise für Energie und Nahrungsmittel, mit 3,4 % pro Jahr ungewöhnlich hoch.

Die Wachstumsschwäche hat den Arbeitsmarkt erreicht. Von ihrem Tiefststand von 5,0 % im Frühjahr 2020 ist die saisonbereinigte Arbeitslosenquote (nationale Definition) bis 6,3 % im Dezember 2025 gestiegen. Die Zahl der Erwerbstätigen war Ende 2025 zwar um 2,4 % höher als Ende 2020, aber dies ist zum größten Teil auf die Erholung von der Coronapandemie zurückzuführen. Seit Frühjahr 2023 stagniert die Beschäftigung. Dass die Arbeitslosigkeit nicht stärker zugenommen hat, liegt daran, dass sich das Arbeitskräfteangebot demografiebedingt in den vergangenen Jahren kaum noch erhöht hat. In den kommenden Jahren wird es deutlich sinken.

Zu Beginn des Prognosezeitraums wird die gesamtwirtschaftliche Expansion durch den neuerlichen Energiepreisschub infolge des Iran-Kriegs gebremst. Dieser Preisschock war allerdings deutlich geringer als jener der Jahre 2022 und 2023, und er sollte bald abklingen. Bremsend wirken aber die schwache demografische Entwicklung und die veränderte Rolle Deutschlands auf den Weltmärkten infolge des Verlusts an Wettbewerbsfähigkeit. Getragen wird die gesamtwirtschaftliche Expansion durch die umfangreichen öffentlichen Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur. Mittelfristig wird sich der Expansionsgrad der Finanzpolitik angesichts des zunehmenden Konsolidierungsdrucks aber verringern. Alles in allem schätzt das IHS, dass das Bruttoinlandsprodukt bis 2030 um 0,8 % pro Jahr steigt.

Italiens Wirtschaftswachstum betrug in den Jahren 2021 bis 2025 im Durchschnitt 3,1 %. Damit lag die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate über dem Potenzialwachstum, was darauf zurückzuführen war, dass mit dem Jahr 2021 der Aufschwung nach der Coronapandemie mit einem BIP-Anstieg von 8,8 % in die Berechnung eingeht. Der Aufschwung schwächte sich in den vergangenen Jahren ab, blieb aber solide. Die Arbeitslosenquote fiel kontinuierlich von 9,6 % im Jahr 2021 auf 6,1 % im Jahr 2025. Im April 2026 lag sie bei 5,1 %. Die Beschäftigung stieg im selben Zeitraum um 1,6 Millionen auf 24,1 Millionen Personen. Im ersten Quartal 2026 setzte die italienische Wirtschaft mit einem BIP-Anstieg um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal eine moderate Expansion fort.

Italien unterliegt weiterhin dem Defizitverfahren der EU, das im Jahr 2024 eingeleitet wurde. Obwohl das Verfahren bislang nicht formell beendet wurde, sieht die Europäische Kommission das Land grundsätzlich auf dem vereinbarten fiskalischen Anpassungspfad. Das Budgetdefizit belief sich im Jahr 2025 auf 3,1 % des BIP und lag damit geringfügig über dem Maastricht-Grenzwert, wodurch eine unmittelbare Aufhebung des Verfahrens verhindert wurde. Angesichts der fortschreitenden Haushaltskonsolidierung und der erwarteten Reduktion des Defizits auf unter 3 % des BIP im Jahr 2026 bestehen gute Aussichten auf eine Beendigung des Defizitverfahrens.

Das langfristige Wachstum hängt von der Umsetzung der Maßnahmen des nationalen Wiederaufbauplans ab, bei dem es sich um das größte nationale Programm im Rahmen von NextGenerationEU handelte. Es wurden insgesamt 194,4 Mrd. Euro an Zuschüssen und Darlehen zugesprochen. Bis Mitte 2026 wurden bereits rund 166 Mrd. Euro (ca. 85 % der verfügbaren Mittel) von der Europäischen Kommission ausbezahlt. Die Investitionen konzentrieren sich insbesondere auf den Ausbau der Verkehrs- und Schieneninfrastruktur, die Energiewende, die Digitalisierung von Verwaltung und Wirtschaft sowie die Modernisierung des Bildungs- und Forschungssystems. Während Italien bei den Mittelabrufen zu den führenden Mitgliedstaaten zählt, bestehen weiterhin Herausforderungen bei der tatsächlichen Umsetzung und fristgerechten Realisierung der Projekte, die als entscheidend für die langfristigen Wachstums- und Produktivitätseffekte des Programms gelten. Für den Zeitraum von 2026 bis 2030 geht das Institut von einem durchschnittlichem jährlichen BIP-Wachstum von 0,9 % aus.

Frankreichs Wirtschaftswachstum betrug zwischen 2021 und 2025 im Durchschnitt 2,7 % pro Jahr. In den Beobachtungszeitraum fiel der Aufschwung nach der Coronapandemie, gefolgt von einer soliden Expansionsphase, die zuletzt an Dynamik verloren hatte. Im ersten Quartal 2026 ging das BIP um 0,1 % zurück. Im Zuge der Krise im Nahen Osten und des Energiepreisschocks gingen insbesondere das Verbrauchervertrauen, der Energiekonsum und die Exporte, aber auch die Aktivitäten im

Bausektor zurück. Die Arbeitslosenquote fiel in den Jahren 2022 und 2023 auf ein historisch niedriges Niveau von 7,3 %, stieg aber seitdem wieder kontinuierlich und lag seit Beginn des Jahres 2026 im Durchschnitt bei 8,3 %. Die Beschäftigung wurde im Beobachtungszeitraum insgesamt um 6,3 % ausgeweitet, im vergangenen Jahr lag der Zuwachs aber nur noch bei 0,2 %. Im Durchschnitt des Zeitraums 2021 bis 2025 stiegen die Verbraucherpreise jährlich um 2,9 %. Den Höchststand hatte die Inflationsrate infolge des Energiepreisschocks in den Jahren 2022 und 2023 bei 5,2 % bzw. 4,9 % erreicht, danach ging sie schnell zurück und lag im vergangenen Jahr bei 0,9 %. Seit Februar 2026 stieg die Inflationsrate wieder an und betrug im Mai 2,4 %.

Frankreich unterliegt weiterhin dem Defizitverfahren der EU, das im Jahr 2024 aufgrund eines Budgetdefizits von rund 5,8 % des BIP eingeleitet wurde. Das Verfahren bleibt in Kraft, wobei die weitere Entwicklung maßgeblich von der Umsetzung geplanter Spar- und Reformmaßnahmen abhängt. Die französische Regierung verfolgt einen mehrjährigen Konsolidierungskurs, um das Haushaltsdefizit bis 2029 auf unter 3 % zu senken. Kern des Programms ist ein Sparpaket von rund 43,8 Mrd. Euro, wobei etwa zwei Drittel der Konsolidierung über Ausgabenkürzungen und Effizienzsteigerungen im öffentlichen Sektor erfolgen sollen. Geplant sind insbesondere, Einsparungen bei Ministerien, Kommunen und der öffentlichen Verwaltung und im Sozialstaat. Gleichzeitig werden politisch prioritäre Bereiche wie Verteidigung, innere Sicherheit, Justiz, Bildung und die ökologische Transformation weiterhin ausgebaut. Steuererhöhungen umfassen vor allem hohe Einkommen und eine Sonderabgabe für Großunternehmen. Das Budget für 2026 sieht eine Defizitreduktion auf etwa 4,7 bis 5,0 % des BIP vor und gilt als erster Schritt eines längerfristigen Anpassungspfades, der maßgeblich für die Beendigung des laufenden EU-Defizitverfahrens sein wird.

Die Bildung einer stabilen Regierung gestaltete sich seit den Parlamentswahlen im Jahr 2024 aufgrund fehlender Mehrheiten im Parlament äußerst schwierig und erschwerte die Verabschiedung des Budgets. Zudem ist die Stimmung unter Unternehmen und Haushalten infolge der Unsicherheit über die US-Handelspolitik und des Energiepreisschocks verhalten. Gemäß der Sommer-Prognose geht das Institut im laufenden und im kommenden Jahr mit BIP-Wachstumsraten von 0,7 % und 1,0 % von einer Fortsetzung eines verhaltenen Wachstumspfades aus. Mittelfristig sollten angebotsseitige Maßnahmen im Rahmen des Wiederaufbauplans, welcher sich auf ein Volumen von 100 Mrd. Euro beläuft (davon 40 Mrd. Euro von der EU), einen positiven Effekt auf das Potentialwachstum entfalten. Frankreich zählt zu den Mitgliedstaaten mit dem höchsten Umsetzungsstand und hat bereits den Großteil der verfügbaren Mittel abgerufen. Im gesamten Prognosezeitraum wird ein durchschnittliches, jährliches BIP-Wachstum von 1,1 % erwartet.

Trotz verschiedener globaler Krisen setzte sich der langfristige Aufholprozess gegenüber dem EU-Durchschnitt in den nicht dem Euroraum angehörenden **mittel- und osteuropäischen Ländern der Europäischen Union** (Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn – NMS-4) im Zeitraum 2021 bis 2025 fort. Nach einem BIP-Anstieg um 2,9 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre dürfte das Wirtschaftswachstum in den NMS-4 robust bleiben und im Durchschnitt der Jahre 2026 bis 2030 jährlich 2,5 % betragen. Damit ergibt sich gegenüber dem Euroraum ein Wachstumsvorsprung von 1,4 Prozentpunkten, sodass der Konvergenzprozess weiter voranschreitet. Kräftige Lohnzuwächse stützen zugleich den Aufholprozess und treiben die Einkommensannäherung an Westeuropa.

Nach der kräftigen Erholung im Jahr 2021 wurde das Wachstum ab 2022 durch den Krieg in der Ukraine, stark steigende Energiepreise und eine hohe Inflation spürbar gebremst. Obwohl der Inflationsdruck in den Jahren 2024 und 2025 allmählich nachließ, blieben die Inflationsraten über dem Vorkrisenniveau. Die steigenden Reallöhne stärkten den privaten Konsum, der damit zum wichtigsten Wachstumstreiber der Region wurde. Die Industrieproduktion stagnierte oder schrumpfte teilweise aufgrund schwacher Auslandsnachfrage. Parallel dazu setzte ein Strukturwandel ein, der die Abhängigkeit der Produktion von niedrigen Lohnkosten verringerte. Gleichzeitig verschärfen sich die fiskalischen Herausforderungen. Hohe Haushaltsdefizite stellen insbesondere in Rumänien, Polen und Ungarn ein Risiko für die makroökonomische Stabilität dar.

Dabei entwickelte sich die Wachstumsdynamik innerhalb der Region zunehmend heterogen: Während Polen in den vergangenen zwei Jahren ein kräftiges Wachstum von über 3 % erzielte, schwächte sich das BIP-Wachstum in Rumänien aufgrund eines verhaltenen privaten Konsums, fiskalischer Konsolidierungsmaßnahmen und anhaltend hoher Inflation deutlich auf unter 1 % ab. In Tschechien setzte 2025 nach einer längeren Schwächephase ein robuster Aufschwung mit einem Wachstum von 2,6 % ein. Ungarn blieb hingegen aufgrund politischer Spannungen, einer hohen Schuldenquote und anhaltender Investitionsschwäche bei einem BIP-Wachstum von unter 1 % zurück. Das bisherige Erfolgsmodell als kostengünstiger Produktionsstandort westlicher Industriekonzerne stößt zunehmend an seine Grenzen. Stark gestiegene Lohnkosten ohne entsprechende Produktivitätszuwächse, wachsender Wettbewerbsdruck aus China und rückläufige ausländische Direktinvestitionen stellen die bisherige Entwicklungsstrategie infrage.

Trotz dieser strukturellen Herausforderungen dürfte die Region im Zeitraum 2026 bis 2030 der Wachstumsmotor Europas bleiben. Zugleich vollzieht sie einen tiefgreifenden Strukturwandel von einem vorwiegend kostenorientierten Produktionsstandort hin zu einer stärkeren konsum- und investitionsgetragenen Wirtschaftsstruktur. Die

gesamtwirtschaftliche Expansion dürfte maßgeblich durch eine robuste Konsumnachfrage gestützt werden, die von nachlassendem Inflationsdruck und sinkenden Zinssätzen profitiert. Die Lockerung der Finanzierungsbedingungen, zusammen mit Zuflüssen aus EU-Fonds dürfte zu einer Ausweitung der öffentlichen Investitionstätigkeit führen. Angetrieben durch das EU-Verteidigungsprogramm SAFE fließen bis 2030 Milliarden in den Ausbau der Verteidigungsindustrie, erneuerbare Energien und der regionalen Logistikinfrastruktur. Erstmals seit den 1990er-Jahren erreichen die Verteidigungsausgaben wieder einen ähnlich hohen oder höheren Anteil an der Wirtschaftsleistung wie die Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen. Die Investitionstätigkeit verlagert sich zunehmend in Richtung Digitalisierung, Automatisierung und höherwertiger Dienstleistungen. Gleichzeitig wird das Exportwachstum am Anfang der Prognoseperiode durch Schwierigkeiten auf wichtigen Absatzmärkten gebremst, während die Importe infolge der steigenden Konsumausgaben und höheren Investitionstätigkeit deutlich zulegen dürften.

Nach dem krisenbedingten kräftigen Anstieg der Haushaltsdefizite und Schuldenquoten dürfte die Fiskalpolitik im Prognosezeitraum gestrafft werden. Gegen Rumänien, Ungarn, Polen, Bulgarien und die Slowakei sind derzeit Verfahren wegen eines übermäßigen Haushaltsdefizits gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt anhängig. Die Regierungen kündigten Pläne zur Haushaltskonsolidierung mit Maßnahmen sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite an. Während Länder wie Polen und Rumänien durch massive Rüstungs- und Infrastrukturausgaben steigende Schuldenquoten verzeichnen, gelingt es anderen Staaten, wie Kroatien, ihre Verschuldung stabil zu halten oder zu senken. Die meisten Länder halten ihre Schuldenquote weiterhin unter der Maastricht-Grenze von 60 % des BIP. Eine deutliche Ausnahme bildet Ungarn, das mit rund 78 % die höchste Schuldenquote der Region aufweist.

Die Länder reagieren auf den akuten Arbeitskräftemangel mit einer Kombination aus gezielter Arbeitsmigration, verstärkter Automatisierung und Reformen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung. Angesichts des laut Eurostat erwarteten Rückgangs der Erwerbsbevölkerung um rund 8 % bis 2030 zeichnet sich ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel ab: von einer bislang restriktiven Zuwanderungspolitik hin zu einer gezielteren Öffnung. Entsprechend haben nahezu alle Länder ihre Migrationsgesetze für Arbeitskräfte aus Asien und Südamerika deutlich gelockert.

Die Automobilindustrie ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in Mittel- und Osteuropa, der sich derzeit in einer tiefgreifenden strukturellen Transformation befindet. Die Umstellung auf Elektromobilität, Digitalisierung und automatisiertes Fahren führt zu tiefgreifenden Veränderungen. Während die europäische Automobilbranche insgesamt angesichts erodierender Margen und hoher Energie- und Personalkosten unter

massivem Druck steht, erweist sich die Region als relativer Gewinner dieser Krise. Sie profitiert von anhaltenden Standortverlagerungen aus Westeuropa und wird gleichzeitig zum europäischen Zentrum für die neue E-Mobilitäts-Lieferkette. Ungarn entwickelt sich zum zweitgrößten Produktionsstandort für E-Auto-Batterien weltweit (hinter China). Die Produktionskapazitäten von Unternehmen wie CATL und BYD in Debrecen dürften bis 2030 schrittweise vollständig hochgefahren werden. Polen festigt seine Position als führender europäischer Exporteur von Lithium-Ionen-Batterien und Komponenten. Die Autoindustrie reagiert auf den akuten Fachkräftemangel mit einer beschleunigten Automatisierung der Produktion. In der Slowakei und in Tschechien dürfte die Roboterichte bis 2030 zu den höchsten weltweit zählen, da Unternehmen verstärkt versuchen, den zunehmenden Personalmangel durch Automatisierung auszugleichen.

Die Beschleunigung grüner Investitionen, der rasche Ausbau erneuerbarer Energien und die Diversifizierung der Energieversorgung sind mittelfristige Herausforderungen für die mittel- und osteuropäischen Länder. Sie weisen weiterhin eine höhere Energieintensität auf als Westeuropa, verzeichnen jedoch zugleich einen der stärksten Rückgänge des Energieverbrauchs je Wertschöpfungseinheit in der EU. Bis 2030 dürfte sich dieser Trend beschleunigen. Ein wichtiger Treiber ist der anhaltende Kostendruck durch hohe Energiepreise, der Unternehmen zu effizienzsteigernden Investitionen zwingt.

Die wesentlichen Prognoserisiken liegen in geopolitischen Spannungen, handelspolitischen Verwerfungen und wachsendem Wettbewerbsdruck. Regionale Konflikte, etwa im Nahen Osten, können über schwankende Energiepreise erneut inflationstreibend wirken. Zugleich bleibt die exportorientierte Region anfällig für US-Zölle sowie Handelskonflikte zwischen der EU und China, die sich indirekt über Lieferketten und Absatzmärkte auswirken könnten. Hinzu kommt der wachsende Wettbewerbsdruck chinesischer Unternehmen, die ihre Präsenz in der Region durch Direktinvestitionen und Exporte zunehmend ausbauen.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
Durchschnittliche jährliche Veränderungen in Prozent

	2021–2025	2026–2030
BIP, real		
Deutschland	0,9	0,8
Italien	3,1	0,9
Frankreich	2,7	1,1
Vereinigtes Königreich	3,2	1,4
Schweiz	2,7	1,5
USA	3,3	1,8
Japan	1,3	0,7
China	5,4	3,9
Polen	3,8	2,7
Slowakei	2,2	1,6
Tschechien	2,1	2,4
Ungarn	2,3	2,3
Slowenien	3,2	2,2
MOEL-5 ⁱ	3,1	2,5
Bulgarien	4,0	2,7
Rumänien	2,7	2,1
Kroatien	6,1	2,6
Euroraum	2,6	1,1
NMS-4 ⁱⁱ	2,9	2,5
EU-27	2,6	1,3
OECD	3,0	1,7
Welt	4,0	2,8
Welthandel (Waren laut CPB)	3,7	2,2
Österreichische Exportmärkte	4,6	2,0
USD/EUR-Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,10	1,18
Rohölpreis (USD je Barrel Brent) ⁱⁱⁱ	80,8	75,8

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-4: Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien

ⁱⁱⁱabsolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, LSEG Datastream, ab 2026 Prognose des IHS

4 Perspektiven der österreichischen Wirtschaft

4.1 Außenwirtschaft

Die **österreichische Außenwirtschaft** hat sich nach der Coronapandemie rasch erholt. Die Entwicklung der Warenexporte verlief zunächst sehr dynamisch, verzeichnete allerdings in den Jahren 2023 und 2024 einen markanten Einbruch. Seitdem kommt es zu einer zaghaften Erholung, die durch die US-Handelspolitik und die damit verbundene Unsicherheit gedämpft wird. Seit dem Energiepreisschock im Jahr 2022 verliert die österreichische Exportwirtschaft Marktanteile infolge der starken Kostenanstiege und des damit verbundenen Verlusts an preislicher Wettbewerbsfähigkeit (Kapitel 5). Zudem bremsen aktuell die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten die Erholung. Die Blockade der Straße von Hormus führte zeitweise zu erheblichen Störungen wichtiger Transportwege und Lieferketten und belastete insbesondere energieintensive Wirtschaftszweige. Insgesamt bleibt das außenwirtschaftliche Umfeld daher fragil. Der Reiseverkehr bildet nach den herben Einbußen während der Coronapandemie weiterhin eine tragende Säule der Dienstleistungsexporte. Zumindest vorübergehend ist aber mit dem Ausbleiben von Gästen aus dem arabischen Raum zu rechnen, allerdings ist deren Anteil gering und betroffen ist hauptsächlich der Tourismus in Wien und Salzburg.

Zwischen 2021 und 2025 betrug das Wachstum der realen Warenexporte im Durchschnitt 2,6 %. Nach dem kräftigen Aufschwung in den Jahren 2021 und 2022 hat sich die Dynamik zunächst abgeschwächt. In den Jahren 2023 und 2024 kam es zu einem Einbruch der Warenexporte, gefolgt von einer leichten Erholung. Die Prognose für die Außenwirtschaft ist infolge der Situation im Nahen Osten und der erratischen US-Handelspolitik mit hoher Unsicherheit behaftet. Der FIW Trade Indicator, der ein Signal über die Entwicklung des Warenaußenhandels am aktuellen Rand gibt, wies generell bis inklusive Mai einen Aufwärtstrend auf und deutete auf eine positive Entwicklung in der ersten Jahreshälfte hin. Die Einschätzung der Auslandsauftragsbestände in der heimischen Sachgüterindustrie hatte sich verbessert, ist aber seit März volatil, was auf eine hohe Unsicherheit hindeutet. Gemäß Sommer-Prognose vom Juni geht das IHS von einem moderaten Anstieg der realen Warenexporte um 1,3 % im laufenden Jahr aus. Für das Jahr 2027 wird ein Anstieg um 2,0 % prognostiziert. Für den Zeitraum 2026 bis 2030 wird ein jährliches Wachstum der realen Warenexporte von 1,9 % erwartet. Damit bleibt die Entwicklung der Warenexporte deutlich unter der durchschnittlichen Wachstumsdynamik seit dem Jahr 2000. Österreichs Exporteure habe infolge der Kostenanstiege an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verloren und Marktanteilsverluste hinnehmen müssen. Aufgrund aktueller

Lohnabschlüsse dürfte sich die relative Lohnstückkostenposition aber nicht weiter verschlechtern. Stabilisierend auf das Wachstum der Warenexporte dürfte mittelfristig das Inkrafttreten neuer Handelsabkommen der EU, etwa mit den Mercosur-Ländern und Indien, wirken.

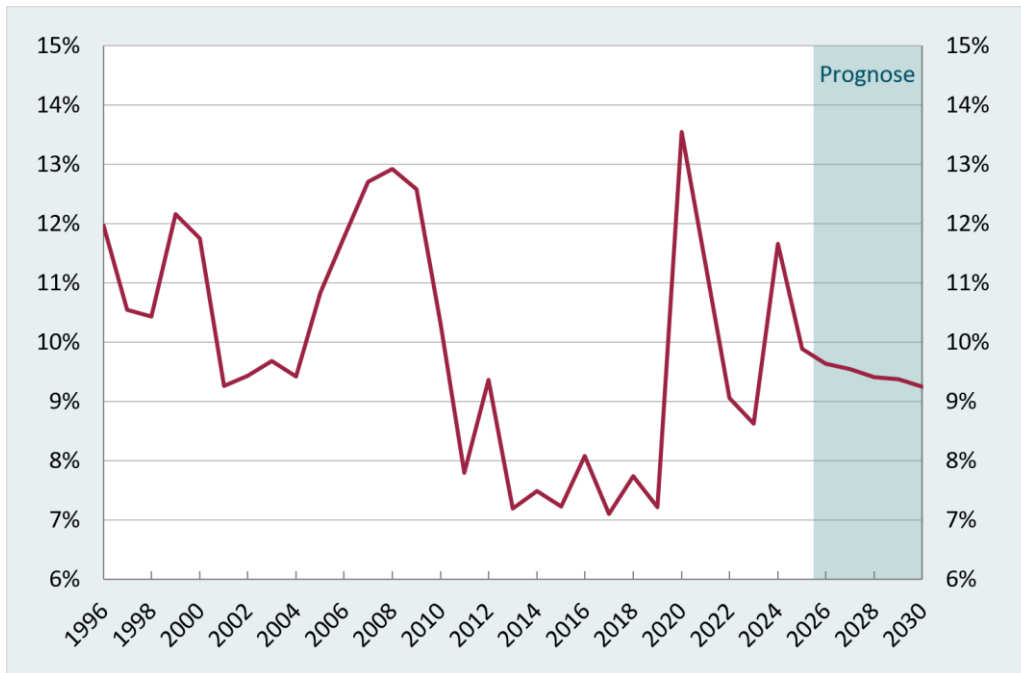
Die Nächtigungen ausländischer Gäste lagen im vergangenen Jahr mit 116,8 Millionen um 3,6 % über dem Niveau vom Jahr 2019. Demgegenüber lagen die Reiseverkehrsexporte im vergangenen Jahr real noch rund 11 % unter dem Wert von 2019. Die Lücke wird sich im Prognosezeitraum nahezu schließen. Der Vergleich zwischen den realen Reiseverkehrsexporten auf der einen Seite und den Ankünften und Nächtigungen auf der anderen Seite gibt einen Hinweis darauf, dass die ausländischen Gäste ihre Präferenz für den Urlaub in Österreich beibehielten, aber im Durchschnitt ihren realen Konsum einschränken. Für die Reiseverkehrsexporte wird für die Jahre 2026 bis 2030 ein durchschnittlicher jährlicher Anstieg von 1,9 % prognostiziert.

Es wurde im Jahr 2025 laut Außenhandelsstatistik ein Handelsbilanzdefizit von 6,6 Mrd. Euro verbucht. Der Wert der Warenimporte stieg an, während jener der Warenexporte zurückging. Für das Jahr 2026 wird ein Anstieg der Warenimporte um 1,2 % erwartet. Eine Erholung setzt im Einklang mit der heimischen Konjunktur voraussichtlich im Laufe des Jahres ein. Für das Jahr 2027 wird ein Anstieg der Warenimporte um 1,8 % erwartet. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut ein durchschnittliches Wachstum der Warenimporte von 1,9 %.

4.2 Privater Konsum

Im Prognosezeitraum nehmen die real verfügbaren Einkommen der Haushalte im jährlichen Mittel um 0,5 % zu. Die Dynamik verteilt sich dabei gleichmäßig über den gesamten Prognosezeitraum. Einzige Ausnahme ist das laufende Jahr, in dem die Einkommen inflationsbereinigt nur geringfügig expandieren. Die mittlere jährliche Wachstumsrate des realen Konsums der privaten Haushalte übertrifft mit 0,7 % die Dynamik der Einkommen. Die Polster an Geldvermögen, die sich noch während der Pandemie und in der späteren Episode der Konsumzurückhaltung angesammelt haben, werden nun verstärkt in Anschaffungen umgesetzt.

Abbildung 8: Sparquote der privaten Haushalte



Quelle: Statistik Austria, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 8 zeigt die längerfristige Bewegung der **Haushaltssparquote** und lässt die Abfolge mehrerer Phasen erkennen. Bis vor der Pandemie folgte diese Kenngröße einer fallenden Tendenz und sank, unterbrochen durch unregelmäßige Schwankungen, von zweistelligen Werten bis knapp über 7 % ab. In der Folge kam es zweimal zu sehr hohen Werten: zunächst während der Pandemie, dann im Jahr 2024 durch verbreitete Konsumzurückhaltung infolge des unerwarteten Preisauftriebs. Im Prognosezeitraum fällt die Haushaltssparquote kontinuierlich und kommt schließlich im Jahr 2030 auf einen Wert von 9,3 % zu liegen. Der Mittelwert über die Jahre 2026 bis 2030 liegt noch bei 9,4 %. Es scheint, als strebten die Haushalte in ihrem Konsumverhalten einer Sparquote von gut 9 % zu, also etwas weniger als das historische Mittel dieser Kenngröße von rund 10 %.

Mögliche Erklärungen für die dynamischen Muster der Haushaltssparquote und für die großen Unterschiede der Werte für diese Kenngröße im internationalen Vergleich waren öfters Gegenstand theoretischer wie empirischer Studien. Die ökonomische Theorie bietet zum Beispiel das Defizit oder die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und den Anteil der Personen im Ruhestand an der Gesamtbevölkerung als mögliche Einflussfaktoren an. Diese Kenngrößen sollten die Sparquote tendenziell erhöhen, die empirische Evidenz dafür ist aber unbefriedigend. Ein unerwartet starker Preisauftrieb, wie er vor rund zwei Jahren zu beobachten war, kann ebenfalls zu vorübergehender Konsumzurückhaltung führen. In Österreich sind nur wenige dieser

Effekte ökonometrisch messbar. So dämpft steigende Arbeitslosigkeit die Konsumfreude, da diese als negatives Signal für die wirtschaftliche Lage aufgefasst wird, selbst wenn nur wenige Sorge um den eigenen Arbeitsplatz empfinden. Vor allem aber reagiert der Konsum signifikant auf zwei wesentliche Signale: Erstens auf die reale Einkommensdynamik; zweitens durch einen Fehlerkorrekturmechanismus auf vergangene Episoden von erhöhter oder verminderter Spartätigkeit. Im Prognosezeitraum wird ein Überhang von gespeichertem Geldvermögen durch erhöhte Konsumtätigkeit kompensiert, was die Haushaltssparquote dämpft.

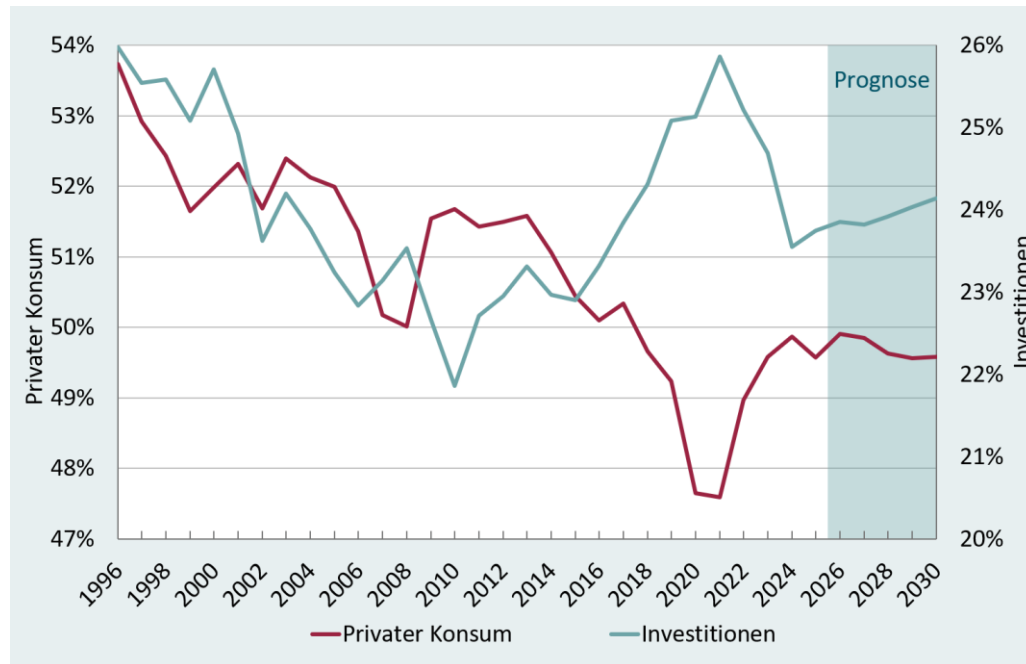
Das kleinere Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** wächst im Prognosezeitraum mit 0,7 % pro Jahr, also im Gleichschritt mit dem Haushaltskonsum. Diese mittlere jährliche Wachstumsrate von 0,7 % gilt auch für den gesamten **privaten Konsum**, der sich aus dem Eigenverbrauch und dem Konsum der Haushalte zusammensetzt.

Eine fallende Haushaltssparquote bedeutet gleichzeitig einen steigenden Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen innerhalb des Haushaltssektors. Abbildung 9 versucht demgegenüber ein Gesamtbild für die längerfristige Dynamik des Anteils der Konsumnachfrage am gesamtwirtschaftlichen Output zu vermitteln. Dieser Anteil ist hier zum Vergleich gemeinsam mit dem Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt dargestellt. Sowohl Konsumquotient als auch Investitionsquotient werden zu laufenden Preisen, also nominell, gemessen. Diese Quotienten gehören historisch zu den sogenannten „großen Quotienten“¹ und werden häufig als möglicherweise langfristig konstante (stationäre) Kennzahlen einer Ökonomie angesehen. Die strikte Gültigkeit dieser langfristigen Konstanz ist allerdings umstritten, die internationale Evidenz für Stationarität wird in der Literatur derzeit als „nicht überwältigend“ gesehen. In Österreich zeigt der Konsumquotient einen tendenziellen Rückgang von rund 54 % vor der Jahrtausendwende auf unter 48 % im zweiten Pandemiejahr 2021. Seither ist er zunächst sprunghaft, dann nur allmählich gestiegen. Im Prognosezeitraum wird er in einer leicht steigenden Tendenz verharren. Ähnlich ist der Investitionsquotient bis zum Jahr 2010 tendenziell gefallen, anschließend jedoch wieder angestiegen und während der Pandemie kulminiert. Im Prognosezeitraum bleibt er nach einem neuerlichen Rückgang annähernd konstant auf einem Niveau von gut 22 %. Man beobachtet also sowohl Episoden, in denen die beiden Quotienten gegenläufig sind, weil zusätzliche Investitionen Konsumausfälle kompensieren, wie während der Pandemie, als auch parallele Bewegungen beider

¹ Klein, L.R., Kosobud, R.F. (1961), Some Econometrics of Growth: Great Ratios of Economics, The Quarterly Journal of Economics, 75(2), S. 173-198; Chudik, A., Pesaran, M.H., Smith, R.P. (2023), Revisiting the great ratios hypothesis, Oxford Bulletin of Economics and Statistics 85(5), S. 1023-1047.

Quotienten, die zum Beispiel auf nachhaltige Änderungen des Leistungsbilanzsaldos hinweisen.

Abbildung 9: Konsum der privaten Haushalte und Bruttoanlageinvestitionen als Anteil am BIP



Quelle: eigene Berechnungen, ab 2026 Prognose des IHS

4.3 Investitionen

Die realen Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich Investitionen in sonstige Anlagen) wurden im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 2,8 % pro Jahr ausgeweitet. Die Entwicklung stand unter dem Einfluss der Erholung von der Coronapandemie und des Verlusts an preislicher Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie infolge der kräftigen Energie- und Lohnkostenanstiege. Dies führte zu einem nur geringen Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2022 und 2023 und einem Rückgang im Jahr 2024. Die Zinserhöhungen der EZB zur Bekämpfung der hohen Inflation in den Jahren 2022 und 2023 haben die Finanzierungskosten erhöht. Außerdem haben in diesem Zeitraum die Banken die Kreditkonditionen verschärft, um steigenden Kreditausfallrisiken zu begegnen. Im Jahr 2025 stiegen die Ausrüstungsinvestitionen dann kräftig um 6,5 %. Dazu dürften die Zinssenkungen der EZB in den Jahren 2024 und 2025 beigetragen haben. Zudem dürfte sich in der Phase der Investitionszurückhaltung Erneuerungsbedarf aufgestaut haben. Im zurückliegenden Fünfjahreszeitraum wurden die Anschaffungen von Fahrzeugen um 5,0 % pro Jahr und die Investitionen in „andere Maschinen und Ausrüstungen“ um 2,3 % pro

Jahr ausgeweitet. Dagegen sanken die Investitionen in Güter der Informations- und Kommunikationstechnologie um 1,0 % pro Jahr, darunter jene in Computer-Hardware um 3,8 % pro Jahr. Letztere Investitionen sind besonders volatil. So gingen sie in den Jahren 2022 und 2023 um 10,1 % bzw. 13,5 % zurück. Im Jahr 2024 sanken sie um knapp 6 %, bevor sie im Jahr 2025 um 5,5 % ausgeweitet wurden.

Im Prognosezeitraum werden die Ausrüstungsinvestitionen ihr kräftiges Wachstum aus dem Jahr 2025 nicht beibehalten, aber weiter zulegen. Die Finanzierungskosten steigen zunächst im Zuge der neuerlichen geldpolitischen Straffung im Zusammenhang mit dem erneuten Energiepreisschub im Gefolge des Iran-Kriegs. Da sich die Energiepreise bereits wieder entspannen, dürften die Zinsen in den kommenden Jahren wieder sinken. Allmählich dürfte sich auch die Nachfrage aus dem In- und Ausland beleben, womit die Kapazitätsauslastung zunehmen dürfte. Die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie wird aber auch in den kommenden Jahren die Investitionen belasten, ebenso wie die nach wie vor hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit. Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen im Zeitraum 2026 bis 2030 durchschnittlich um 1,7 % pro Jahr steigen.

Der kräftige Anstieg der Rohstoffpreise in den Jahren 2022 und 2023 hat dazu geführt, dass auch die Investitionsgüterpreise stark angezogen haben. Auch in den beiden vergangenen Jahren war der Anstieg mit jeweils rund 3 % noch deutlich höher als im langjährigen Durchschnitt. So betrug der Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen im Durchschnitt der zehn Jahre vor der Coronapandemie 1,1 % pro Jahr. Der Höhepunkt der Inflationswelle wurde inzwischen überschritten, auch bei den Rohstoff- und Investitionsgüterpreisen. Daher dürfte sich der Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen abschwächen und bis 2030 durchschnittlich 2,1 % pro Jahr betragen, nach 3,7 % pro Jahr in den vergangenen fünf Jahren.

Die realen Bauinvestitionen waren in den vergangenen fünf Jahren weiterhin schwach. Im Zeitraum 2021 bis 2025 gingen die Wohnbauinvestitionen durchschnittlich um 2,4 % pro Jahr und die sonstigen Bauinvestitionen um 1,9 % pro Jahr zurück. Die verschlechterten Finanzierungsbedingungen und der massive Anstieg der Baukosten ließen die Wohnbauinvestitionen im Jahr 2023 um 7,7 % einbrechen. Nach einem etwas geringeren Rückgang im Jahr 2024 sanken sie im Jahr 2025 erneut kräftig um knapp 6 %. Die sonstigen Bauinvestitionen, in denen die Bauinvestitionen der Unternehmen und des Staates zusammengefasst sind, verzeichneten im Jahr 2025 mit 1,7 % erstmals seit 2021 ein Wachstum, nachdem sie im Jahr 2024 um 9,3 % eingebrochen waren. Ende 2025 waren die Wohnbauinvestitionen um 13,6 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 15,4 % niedriger als Ende 2020.

Im Prognosezeitraum dürften sich die Bauinvestitionen langsam erholen. Der Wohnbau leidet im laufenden Jahr noch unter der allgemeinen Konjunkturschwäche. Darauf deuten auch die Baubewilligungen hin, die im vergangenen Jahr weiter gesunken sind, ausgehend von einem bereits niedrigen Niveau. Auch der neuerliche Anstieg der Baukosten und der Zinsen in der ersten Hälfte des Jahres 2026 bremst die Investitionen. Mittelfristig ist hier aber eine Entspannung zu erwarten. Unterstützt werden die Wohnbauinvestitionen von der weiter steigenden Wohnbevölkerung, dem Trend zu kleineren Familiengrößen und der Notwendigkeit, in die thermische Gebäudesanierung zu investieren.

Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften sich im Prognosezeitraum ähnlich wie die Ausrüstungsinvestitionen entwickeln. Somit werden sie allmählich mehr Fahrt aufnehmen. Der Tiefbau profitiert von den Investitionen in das Schienen- und Straßennetz sowie vom Ausbau der Stromnetze und der digitalen Infrastruktur. Allerdings kommen die öffentlichen Investitionen durch die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte unter Druck, was sich bereits in Verschiebungen und Kürzungen bisher geplanter Investitionsvorhaben niederschlägt. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen bis 2030 im Durchschnitt um 0,3 % pro Jahr ausgeweitet werden, wobei für die Jahre 2026 und 2027 gemäß der IHS-Sommerprognose noch Rückgänge erwartet werden.

Die Baupreise werden maßgeblich von den Kosten der Baumaterialien und deren Grundstoffen wie Eisen, Stahl und Erdöl beeinflusst. Außerdem spielen die Lohnkosten eine Rolle, wobei im Tiefbau der Einfluss der Materialkosten überwiegt, während in den personalintensiven Bereichen, etwa im Ausbaugewerbe, die Lohnkosten wichtiger sind. In den vergangenen fünf Jahren belief sich der Auftrieb der Baupreise auf 4,4 % pro Jahr. In den Bausparten war die Entwicklung sehr unterschiedlich. Während im Wohnbau die Preise um 6,6 % pro Jahr stiegen, belief sich der Preisauftrieb im Tiefbau nur auf 1,0 % pro Jahr. Der Deflator der Bauinvestitionen nahm um 5,4 % pro Jahr zu. Dabei war der Preisauftrieb im Jahr 2022 mit 11,4 % besonders hoch. Zu Beginn des Prognosezeitraums steigen die Energiepreise und die Kosten für Baumaterialien, deren Erzeugung energieintensiv ist, wegen des Iran-Kriegs wieder kräftiger. Da der Höhepunkt dieses Preisschubs aber bereits überschritten ist, dürfte sich auch beim Deflator der Bauinvestitionen der Anstieg abflachen und im Durchschnitt des Prognosezeitraums 2,3 % pro Jahr erreichen.

Die gesamten realen Bruttoanlageinvestitionen, also die Summe aus Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, sind in den vergangenen fünf Jahren um 0,5 % pro Jahr gesunken. Die Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen impliziert für die Anlageinvestitionen bis 2030 eine Zunahme um 1,1 % pro Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen

Bruttoinlandsprodukt, ist von 25,1 % im Jahr 2020 auf 23,7 % im Jahr 2025 gesunken. Bis zum Jahr 2030 dürfte sie leicht auf 24,1 % steigen. Die gesamten realen Bruttoinvestitionen, also die Summe aus Anlageinvestitionen und Lagerbestandsveränderungen, dürften im Prognosezeitraum um 1,6 % pro Jahr steigen, nachdem sie im Durchschnitt des zurückliegenden Fünfjahreszeitraums stagniert haben.

4.4 Öffentliche Haushalte

Die Budgetkonsolidierung im Rahmen des ÜD-Verfahrens (übermäßiges Defizit) prägt die Lage der **öffentlichen Haushalte** im Prognosezeitraum. In der ersten Hälfte des Jahrzehnts war das Budget durch die staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen, Anti-Teuerungspakete und strukturelle Ausgabensteigerungen stark expansiv geprägt. Mit den Doppelbudgets 2025/26 sowie 2027/28 und unter Beteiligung von Ländern und Gemeinden zielt die öffentliche Hand darauf ab, im Jahr 2028 das Maastricht-Kriterium für das Budgetdefizit von maximal 3 % des Bruttoinlandsprodukts wieder einzuhalten. Das Institut rechnet für das laufende Jahr mit einem Defizit von 4,0 % des BIP. Für das Folgejahr wird ein weiterer Rückgang auf 3,7 % des BIP erwartet. Unter der Annahme, dass die geplanten Konsolidierungsmaßnahmen weiter konsequent umgesetzt werden, die Defizite von Ländern und Gemeinden gemäß den Festlegungen des Österreichischen Stabilitätspaktes reduziert werden und eine konjunkturelle Normallage eintritt, könnte das Defizit bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 3,5 % sinken. Die 3-Prozent-Marke wird voraussichtlich klar verfehlt, da Konsolidierungsmaßnahmen teilweise nur von temporärer Natur sind, die Ausgabenquote strukturell nicht maßgeblich reduziert wird und demografisch bedingte Mehrausgaben, insbesondere im Bereich Pensionen und Gesundheit, ebenso wie der staatliche Schuldendienst zunehmend die Budgets belasten.

Die Einnahmendynamik dürfte im Prognosezeitraum nachlassen. Ab 2026 steigen die Staatseinnahmen voraussichtlich etwas langsamer als das nominelle BIP. Diese Entwicklung wird sich bis zum Ende des Prognosehorizonts fortsetzen. Die allmähliche Belebung des privaten Konsums und die steigende Beschäftigung stützen die Einnahmen aus direkten und indirekten Steuern sowie aus den Sozialbeiträgen. Die nachlassende Preis- und Lohndynamik begrenzt jedoch das Wachstum der Steuerbasen. Eine Vielzahl von Maßnahmen des Doppelbudgets 2025/26 wirkt weiter. Dazu zählen das Wiedereinsetzen der Energie- und Ökostromabgaben, die Stabilitätsabgabe und die verlängerten Energiekrisenbeiträge, die nur teilweise Abgeltung der kalten Progression sowie der höhere Krankenversicherungsbeitrag der Pensionist:innen. Mit dem Doppelbudget 2027/28 kommen vor allem die Verlängerung des Stabilitätsbeitrags der Banken, eine progressive Staffelung des Körperschaftsteuertarifs, die zeitweilige Einschränkung des investitionsbedingten Gewinnfreibetrags, außertourliche

Anhebungen der Höchstbeitragsgrundlage und die Streichung der Ausnahmen bei den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen hinzu. Dem steht ab 2028 insbesondere die Senkung des Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenausgleichsfonds um einen Prozentpunkt gegenüber. Die Umstellung von der nationalen CO₂-Bepreisung auf ETS II führt im Jahr 2028 zusätzlich zu einer vorübergehenden statistischen Einnahmenlücke von rund 1,6 Mrd. Euro.

Die Ausgabenquote dürfte im Prognosezeitraum trotz der Konsolidierung nur geringfügig unter das historisch hohe Niveau von rund 55 % des BIP zurückfallen. Damit bleibt sie weiterhin deutlich über dem Vorkrisenniveau. Aus dem Doppelbudget 2025/26 wirken insbesondere die Abschaffung des Klimabonus und der Bildungskarenz, Einsparungen bei den Sachausgaben der Ministerien sowie die Redimensionierung von Umwelt- und anderen Förderungen fort. Das Doppelbudget 2027/28 ergänzt diese Maßnahmen durch Pensionsanpassungen unterhalb des gesetzlichen Anpassungsfaktors, geringere Kurleistungen, weitere Einsparungen in der Verwaltung, Einsparungen im Investitionsprogramm der ÖBB und die neuerliche Aussetzung der Valorisierung von Familienleistungen. Dem stehen zusätzliche Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik, Pflege, Bildung und den Industriestrompreis gegenüber. Hinzu kommen voraussichtlich höhere Beiträge zum EU-Haushalt und zusätzliche Verteidigungsinvestitionen. Die moderaten Gehaltsabschlüsse im öffentlichen Dienst und die nur teilweise Nachbesetzung frei werdender Stellen dämpfen die Arbeitnehmerentgelte. Das Doppelbudget 2027/28 wird jedoch keine größeren budgetären Spielräume eröffnen. Pensionen, Gesundheit und Pflege bleiben die bekannten strukturellen Ausgabentreiber. Besonders kräftig steigen voraussichtlich auch die Zinsausgaben. Diese nehmen bis zum Jahr 2030 um bis zu 0,6 Prozentpunkte des BIP zu.

Die Schuldenquote ist im zurückliegenden Jahr auf 81,5 % des BIP angestiegen. Das Institut erwartet eine weitere Zunahme bis zum Ende des Prognosehorizonts auf 87,5 %. Die Konsolidierungsbemühungen bremsen lediglich die Zunahme des öffentlichen Schuldenstands, aber die Schuldenquote steigt weiter. Eine schlechtere konjunkturelle Entwicklung oder signifikante Abweichungen vom Budgetpfad bergen darüber hinaus die Gefahr, dass der planmäßige Abschluss des Defizitverfahrens noch unwahrscheinlicher wird.

4.5 Löhne und Inflation

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** sind im Jahr 2025 um 3,6 % gestiegen. Der Zuwachs war damit i nur noch halb so hoch wie in den zwei Jahren davor, lag aber dennoch über dem langjährigen Mittel von rund 2 %. Im Prognosezeitraum

dürfte sich das Lohnplus auf rund 2,5 % pro Jahr einpendeln. Angesichts des sich wieder beschleunigenden Preisauftriebs dürften die Reallöhne in diesem Jahr um knapp 1 % abnehmen. Laut Institutsprognose steigen die Zuwachsraten der Reallöhne mittelfristig wieder auf ein moderates Niveau von rund ½ % an. Damit entsprechen sie nahezu wieder dem durchschnittlichen jährlichen Wachstum der Arbeitsproduktivität.

Bereits im zweiten Halbjahr 2024 zeichnete sich eine Rückkehr der **Inflation** (gemessen am Anstieg des VPI) auf die Zielgröße von rund 2 % ab. Allerdings hat sie im Jahr 2025 mit dem Auslaufen der Stromkostenbremse und anderer Maßnahmen bei den Energieabgaben temporär wieder kräftig auf 3,6 % im Jahresmittel zugelegt. Nachdem dieser Basiseffekt zu Beginn des Jahres 2026 aus der Inflationsberechnung herausfiel, deutete sich eine Teuerung von rund 2 % an. Der infolge des Iran-Kriegs ausgelöste neuerliche Energiepreisschock treibt die Inflation im laufenden Jahr wieder kräftig an. Aktuell zeichnet sich eine Normalisierung der Energiepreise ab, was einem weiteren Anstieg der Inflation entgegensteht. Für den Jahresdurchschnitt 2026 wird somit ein Anstieg der Verbraucherpreise von 3,0 % erwartet, im Folgejahr dürfte die Inflationsrate auf 2,3 % zurückgehen. Für die Jahre ab 2028 werden Inflationsraten von 2 % erwartet, sodass sich für den gesamten Prognosezeitraum eine durchschnittliche Inflationsrate von 2,3 % ergibt. Das Inflationsdifferenzial Österreichs zum Euro-raumdurchschnitt dürfte damit nahezu abgebaut sein.

4.6 Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktentwicklung der vergangenen fünf Jahre war von der starken Erholung nach der Corona-Pandemie und der darauf folgenden Rezession geprägt. Ausgehend von 6,3 % im Jahr 2022 stieg die Arbeitslosenquote langsam, aber stetig und dürfte im Jahresdurchschnitt 2026 7,5 % betragen. Mit der Festigung der konjunkturellen Erholung und vor dem Hintergrund des demografisch bedingten Rückgangs der erwerbsfähigen Bevölkerung sollte die Arbeitslosigkeit ab dem kommenden Jahr aber wieder zurückgehen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums wird die Arbeitslosenquote laut Prognose bis auf 6,4 % sinken. Die Beschäftigung dürfte um durchschnittlich 0,6 % pro Jahr zulegen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird das Thema Fachkräftemangel verstärkt an Bedeutung gewinnen.

Die Rezession der Jahre 2023/24 hat ihre Spuren in der Entwicklung der Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** hinterlassen. Während die Beschäftigung in der Industrie, am Bau sowie im Handel abgenommen hat, expandierte sie insbesondere im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen. Die Gesamtbeschäftigung stagnierte in saisonbereinigter Betrachtung seit Jahresmitte 2023. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung ist die

Beschäftigungsentwicklung aber seit dem Jahreswechsel 2025/26 wieder leicht aufwärts gerichtet. Diese Tendenz sollte sich im weiteren Prognosezeitraum fortsetzen. Der demografisch bedingte Rückgang des Arbeitskräftepotenzials dürfte die Ausweitung der Beschäftigung jedoch verlangsamen. Somit wird ein durchschnittlicher jährlicher Beschäftigungszuwachs von 0,6 % erwartet. Das IHS geht dabei davon aus, dass die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte weiter kräftig expandiert und die stufenweise Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters der Frauen den Folgen der Bevölkerungsalterung entgegen wirkt.

Die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** steigt seit Jahresbeginn 2023 und lag in der ersten Jahreshälfte 2026 um gut 2,5 % über dem Vorjahresniveau. Das Tempo des Anstiegs der Arbeitslosigkeit hat sich kontinuierlich verlangsamt, und im Laufe des kommenden Jahres dürfte die Arbeitslosenzahl im Vorjahresvergleich sinken. Folglich wird der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit mit 323.000 Personen im laufenden Jahr verzeichnet werden. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Arbeitslosenzahl stetig zurückgehen und im Jahresdurchschnitt 2030 auf 278.000 Personen fallen. Das Arbeitskräfteangebot wird wohl aufgrund der demografischen Alterung langsamer als im langjährigen Durchschnitt zulegen, die Steigerung der Erwerbsneigung, insbesondere von Älteren und von Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, sollte aber einen Rückgang verhindern. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird angenommen, dass im historischen Vergleich mit einem Drittel überdurchschnittlich viele Beschäftigungsaufnahmen per Saldo aus dem Arbeitslosenpool erfolgen.

Laut Prognose wird die **Arbeitslosenquote** im laufenden Jahr 7,5 % betragen. Mit der stetigen Beschäftigungsausweitung wird bei dem nur verhalten steigenden Arbeitskräfteangebot die Arbeitslosenquote im Zeitverlauf laut Prognose abnehmen und am Ende des Prognosezeitraums 6,4 % betragen. Ausgehend von 5,7 % im Vorjahr dürfte die Quote laut Eurostat-Definition mit 5,8 % ihren Höhepunkt im laufenden Jahr erreichen und dann bis zum Jahr 2030 auf 5,0 % fallen.

Digitalisierung, künstliche Intelligenz und ökologische Transformation bringen erhöhte Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte mit sich. Die Arbeitsmarktpolitik ist daher gefordert, die Beschäftigungsfähigkeit des Arbeitskräftepotenzials durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen zu erhöhen. So sollte durch Qualifizierungsmaßnahmen die Mis-Match Arbeitslosigkeit reduziert und Anreize für höhere Mobilität gesetzt werden. Zur Bewältigung des demografischen Wandels ist ein Maßnahmenbündel erforderlich. Zu begrüßen wären weitere Anstrengungen zur Hebung des effektiven Pensionsantrittsalters. Überlegenswert ist auf jeden Fall eine Koppelung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters an die steigende Lebenserwartung. Durch verstärkte Gesundheitsförderung, die möglichst früh einsetzt, sollte ein längerer Verbleib im Erwerbsleben ermöglicht werden. Ein weiterer Ausbau der

Betreuungseinrichtungen könnte Hindernisse für eine Vollzeitbeschäftigung verringern. Durch zusätzliche Maßnahmen mit Präventionscharakter, etwa im Bereich frühkindliche Bildung, Erwerb von schulischen Grundkompetenzen oder bei der Gesundheitsförderung, könnte längerfristig zusätzliche Beschäftigungspotenziale gehoben werden. Weiters erscheint es notwendig, die Beschäftigungsfähigkeit von Personen mit Migrationshintergrund durch gezielte Integrationsmaßnahmen zu verbessern.

4.7 Monetäre Entwicklungen

Die Europäische Zentralbank erhöhte im Juni dieses Jahres erstmals seit einem Jahr ihre Leitzinsen; auch die Bank of Japan hob im vergangenen Monat ihren Leitzinssatz an. Die Fed, die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank hingegen beließen ihre Leitzinsen im laufenden Jahr konstant. Der Einlagesatz im Euroraum liegt damit gegenwärtig bei 2,25 %, das Zielband für Taggeld in den USA beträgt 3,5 % bis 3,75 %, im Vereinigten Königreich liegt der Repo-Satz bei 3,75 % und in Japan beträgt der Leitzins 1 %. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist seit März dieses Jahres wieder gestiegen und betrug im Juni 2,8 %. Der Höhepunkt wurde im laufenden Jahr mit 3,2 % im Mai erreicht; damit liegt die Inflationsrate seit März wieder deutlich über der EZB-Zielmarke von 2,0 %.

Tabelle 4: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2021	0	0–0,25	0,25	–0,75	–0,1
Ende 2022	2,5	4,25 – 4,5	3,5	1	–0,1
Ende 2023	4,5	5,25 – 5,5	5,25	1,75	–0,1
Ende 2024	3	4,25 – 4,5	4,75	0,5	0,25
Ende 2025	2	3,5 – 3,75	3,75	0	0,75
Durchschnitt 2021–2025	2,19	3,27	3,12	0,40	0,06
10.7.2026	2,25	3,5 – 3,75	3,75	0	1

Quelle: Nationale Zentralbanken, LSEG Datastream, eigene Berechnungen

Die EZB führt den Abbau ihrer Wertpapierbestände aus den zurückliegenden Ankaufprogrammen (APP, PEPP) unverändert fort, indem sie auslaufenden Papiere nicht ersetzt. Aktuell betragen die Bestände in den beiden Ankaufprogrammen rund 3,5 Billionen Euro und dürften bei gleichbleibender Abbaugeschwindigkeit in spätestens neun Jahren vollständig abgebaut sein.

Die jüngste Anhebung der Leitzinsen im Euroraum zeigt Auswirkungen am Geldmarkt. Zuletzt notierte der 3-Monats-Euribor bei 2,3 % und damit um rund 0,3 Prozentpunkte höher als zu Beginn des Jahres. Im ersten Halbjahr 2026 betrug der 3-Monats-Euribor durchschnittlich 2,1 % und lag somit etwas über dem Durchschnittswert der Jahre 2021 bis 2025 (1,8 %). Im Einklang mit der Geldpolitik wird für das laufende Jahr ein weiterer leichter Anstieg der Geldmarktzinsen erwartet. Mit dem Rückgang der Inflation dürften die Zinsen wieder fallen und ab 2028 gut 2 % betragen (Tabelle 5). Für den Prognosezeitraum wird ein durchschnittlicher 3-Monats-Euribor von 2,3 % prognostiziert. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren notierten im Durchschnitt im ersten Halbjahr 2026 bei 3,2 % und damit um rund 1,1 Prozentpunkte höher als im Durchschnitt der Jahre 2021 bis 2025 (2,1 %). Für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren wird im Prognosezeitraum eine durchschnittliche Rendite von 3,5 % erwartet (Tabelle 5).

Tabelle 5: Zinsen und Renditen

Durchschnittliche Jahreswerte in Prozent

	Euribor 3 Monate	Österreichische Staatsanleihen 10 Jahre
2026	2,4	3,3
2027	2,8	3,6
2028	2,2	3,6
2029	2,1	3,6
2030	2,1	3,6

Quelle: Prognose des IHS

5 Entwicklung internationaler Marktanteile der österreichischen Exporte

5.1 Hintergrund

Der Außenhandel ist für die kleine offene Volkswirtschaft Österreichs von großer Bedeutung für Konjunktur und Wachstum. So kommen Schnabl und Reiter (2022) mit einem am IHS entwickelten Input-Output-Modell zu dem Ergebnis, dass selbst bei konservativen Modellannahmen knapp ein Drittel der heimischen Bruttowertschöpfung und etwa ein Viertel aller Beschäftigungsverhältnisse auf den Export zurückzuführen sind.² Österreichs weitaus wichtigster Handelspartner ist Deutschland. Immer wichtiger sind aber auch die USA geworden. Angesichts der anhaltenden Strukturkrise der deutschen Industrie und der protektionistischen US-Handelspolitik sowie vor dem Hintergrund der hohen Energie- und Lohnkostensteigerungen in der österreichischen Industrie in den vergangenen Jahren stellt sich die Frage, ob sich die Position Österreichs auf den Weltmärkten mit der Coronakrise und der Energiepreiskrise verschlechtert hat. Hinzu kommt die sich verändernde Rolle Chinas auf den Weltmärkten. So sind in den vergangenen Jahren die chinesischen Exporte stark gewachsen, während die Importe kaum zugenommen haben. Damit verliert China unmittelbar als Absatzmarkt für österreichische Exporteure an Bedeutung. Zudem exportiert die deutsche Industrie, vor allem die Fahrzeughersteller, weniger nach China, wovon über die Zulieferverflechtungen Österreich betroffen ist. Darüber hinaus tritt China auch auf anderen Märkten zunehmend als Konkurrent in Erscheinung. Dies ist nicht zuletzt eine Folge der wirtschaftspolitischen Strategie der chinesischen Regierung, die technologische Innovationsfähigkeit zu fördern und größere Eigenständigkeit in Wissenschaft und Technologie zu erlangen. Dies hat dazu geführt, dass sich nicht nur das Volumen der Exporte stark erhöhte, sondern sich auch die industrielle Struktur der chinesischen Exportgüter deutlich verändert hat. Der Schwerpunkt verlagerte sich von überwiegend arbeitsintensiven Niedrigtechnologie-Produkten in der Anfangsphase der wirtschaftlichen Öffnung in den Jahren nach Chinas Beitritt in die Welthandelsorganisation immer mehr zu technologisch anspruchsvolleren Gütern.³

Die Exporte Österreichs in die USA sind im vergangenen Jahr wegen der höheren US-Importzölle gesunken, und in Europa war die Nachfrage insgesamt eher schwach. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wird in diesem Kapitel den Fragen nachgegangen, ob sich Österreichs Exporte vom Welthandel abgekoppelt haben, und wie

² Schnabl, A., Reiter, M. (2022). *Die ökonomische Bedeutung von Exporten*. -Projektbericht

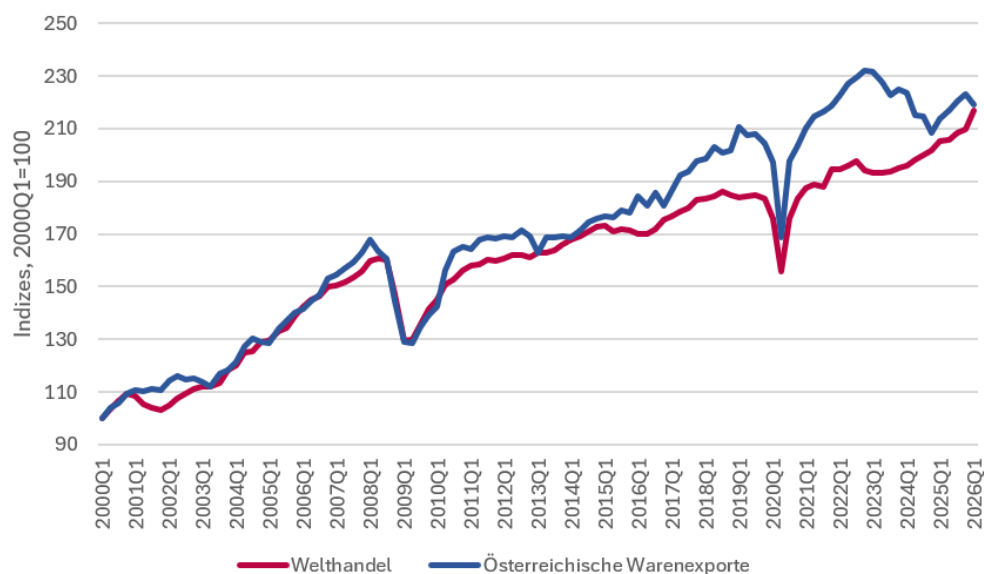
³ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2025), *Expansive Finanzpolitik kaschiert Wachstumsschwäche*. Herbst 2025. Fokus: Chinas veränderte Rolle in der Weltwirtschaft.

sich Österreichs Marktanteile auf den wichtigsten Absatzmärkten bei den wesentlichen Exportgütern entwickelt haben.

5.2 Makroökonomische Betrachtung

Österreichs Warenaußenhandel hat sich bis zum Jahr 2015, abgesehen von einer kurzen Episode während der europäischen Staatsschuldenkrise in den Jahren 2011 und 2012, mit dem Welthandel weitgehend parallel entwickelt. Dies zeigt Abbildung 10, in der Quartalswerte der saisonbereinigten österreichischen Warenexporte zusammen mit dem ab dem Jahr 2000 vom niederländischen CPB veröffentlichten Index des weltweiten Warenhandels dargestellt sind. In den Jahren 2015 bis 2020 ist der österreichische Warenaußenhandel stärker als der Welthandel gestiegen, während etwa seit 2021 der Welthandel stärker expandiert. Während aus dieser Betrachtung also keine allgemeine Entkopplung Österreichs vom Welthandel feststellbar ist, scheint es doch Anzeichen für einen Strukturbruch im Zusammenhang zwischen dem österreichischen und dem weltweiten Warenhandel zu geben.

Abbildung 10: Entwicklung des Welthandels und der österreichischen Warenexporte



Quellen: CPB, Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Um empirisch auf einen Strukturbruch zu testen, wurde eine Fehlerkorrekturgleichung für die österreichischen Warenexporte geschätzt, in der neben dem Welthandel auch ein Maß für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs berücksichtigt wird. Ein solches Maß stellt der real-effektive Wechselkurs dar. Der hier verwendete real-effektive Wechselkurs berücksichtigt die nominellen Wechselkurse und die relativen Lohnstückkosten von Österreich gegenüber 42 Handelspartnern, wobei die

Außenhandelsanteile die Gewichte bilden. In einer Fehlerkorrekturgleichung wird eine langfristige Gleichgewichtsbeziehung mit kurzfristigen Anpassungsprozessen kombiniert. Die Ergebnisse werden in Tabelle 6 gezeigt. Der real-effektive Wechselkurs (REER) war gemäß den hier gezeigten Modellschätzungen nur kurzfristig, aber nicht langfristig signifikant. Die langfristige Beziehung zwischen den österreichischen Warenexporten und dem Welthandel wird durch die letzten beiden Koeffizienten (-0,293 und 0,328) abgebildet. Aus diesen Koeffizienten ergibt sich, dass im Schätzzeitraum erstes Quartal 2000 bis erstes Quartal 2026 die österreichischen Warenexporte sogar stärker als der Welthandel zugenommen haben. Ein Anstieg des Welthandels um 1 % ist demnach mit einer Zunahme der österreichischen Warenausfuhren um 1,12 % assoziiert. Allerdings kann nach einem statistischen Test die Restriktion, dass diese langfristige Elastizität gleich 1 ist, nicht mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % abgelehnt werden.

Tabelle 6: Schätzgleichung für die österreichischen Warenexporte

Abhängige Variable: $\log(\text{Warenexporte}_t / \text{Warenexporte}_{t-4})$		
Variable	Koeffizient	Standardfehler
Konstante	1,577	0,389
$\log(\text{Warenexporte}_{t-1} / \text{Warenexporte}_{t-5})$	0,218	0,057
$\log(\text{REER}_t / \text{REER}_{t-4})$	-0,539	0,176
$\log(\text{Welthandel}_t / \text{Welthandel}_{t-4})$	0,853	0,065
$\log(\text{Warenexporte}_{t-4})$	-0,293	0,073
$\log(\text{Welthandel}_{t-4})$	0,328	0,085

Bereinigtes R^2 : 0,860

Anmerkungen: Schätzung mit saisonbereinigten Quartalsdaten für den Zeitraum 2000Q1-2026Q1. Alle Koeffizienten sind auf dem 1-Prozent-Niveau statistisch signifikant.

Quelle: Eigene Schätzungen

Ein formaler Test auf einen nicht a priori vorgegebenen Strukturbruch findet einen wahrscheinlichen Strukturbruch im dritten Quartal 2020. Wenn aber eine entsprechende Variable eingeführt wird, die eine Änderung des Einflusses des Welthandels auf die österreichischen Warenexporte ab diesem Zeitraum erfasst, so ist diese Variable nicht signifikant. Die statistischen Hinweise auf einen Strukturbruch im Zusammenhang zwischen dem Welthandel und den österreichischen Warenexporten sind also nicht eindeutig. Die Auseinanderentwicklung von Warenhandel und österreichischen Warenexporten in den Jahren 2022 und 2023 fiel mit einem Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit infolge des kräftigen Anstiegs der Energiepreise und Löhne zusammen.

5.3 Marktanteile nach Ländern

Der am IHS entwickelte Marktanteilsmonitor ermöglicht eine detaillierte Betrachtung der österreichischen Warenexporte, in der sowohl nach Exportdestinationen als auch nach Warengruppen unterschieden werden kann. Als Absatzmärkte werden die Gesamtimporte der jeweiligen Länder bzw. Warengruppen verstanden. Der Marktanteilsmonitor beruht auf den Handelsdaten der UN-Comtrade Datenbank, bei der es sich um die größte globale Plattform für nominelle Warenhandelsdaten handelt. Tabelle 7 stellt die Veränderung der Marktanteile in den wichtigsten Exportdestinationen für die Perioden 2017 bis 2025 bzw. 2022 bis 2025 dar. Bei den 10 Ländern handelt es sich um die wichtigsten Exportdestinationen, in die im Jahr 2025 rund 70 % der österreichischen Warenexporte gingen. Marktanteile werden berechnet als der Anteil der nominellen Warenimporte aus Österreich an den gesamten nominellen Warenimporten des Handelspartnerlandes (Absatzmärkte). Auf Ebene von Warengruppen erfolgt die Berechnung äquivalent als Anteil der Importe aus Österreich an den gesamten Importen in der jeweiligen Gütergruppe.

Im Zeitraum zwischen 2017 und 2025 expandieren mit Ausnahme von Frankreich sowohl die Absatzmärkte als auch die Exporte Österreichs. Österreichs Exporte nach China und in die USA wuchsen stärker als die gesamten Importe der Absatzmärkte. Dort stiegen die Marktanteile um 5,9 % bzw. 3,4 %, wohingegen in der Schweiz (–24,9 %), Tschechien (–9,0 %), Frankreich (–31,2 %) und Polen (–11,6 %) Marktanteile stark zurückgingen. Im Falle von Deutschland (–1,2 %), Großbritannien (2,5 %), Ungarn (–2,1 %) und Italien (–2,5 %) sind die Veränderungen der Marktanteile geringer.

Ab 2022 zeigt sich ein differenziertes Bild. In der Schweiz erlitten Österreichs Exporte Marktanteilsverluste. Zwischen 2022 und 2025 sank der Marktanteil um 1,04 Prozentpunkte oder rund ein Drittel von 3,27 auf 2,24 %. In Ungarn ergab sich ebenfalls ein Marktanteilsverlust, der sich auf 1,2 Prozentpunkte bzw. 16,8 % belief. In Frankreich kam es zu einem Marktanteilsverlust von 0,2 Prozentpunkten oder 16,1 %. In Tschechien und in den USA verbuchte man auch Marktanteilsrückgänge (–0,8 % und –6,2 %). Allerdings gibt es auch Länder, in denen Österreichs Exporteure im selben Zeitraum die Marktanteile steigern konnten. Dazu zählen China (6,5 %), Deutschland (8,3 %), Italien (7,8 %) und Polen (2,4 %). In Deutschland stieg der Marktanteil von rund 3,5 % auf rund 3,8 %. Dort fiel der prozentuelle Marktanteilsgewinn am stärksten aus. Zugleich ist Deutschland mit einem Anteil von rund 30 % an den gesamten österreichischen Warenexporten der mit Abstand wichtigste Absatzmarkt. Die Marktanteilsgewinne in Deutschland, China und Italien sind allerdings nicht darauf zurückzuführen, dass die österreichischen Exporte stärker wuchsen als die Gesamtimporte dieser Länder. Vielmehr nahmen die österreichischen Exporte zu, während die

Gesamtimporte der jeweiligen Absatzmärkte zurückgingen. In Frankreich und Ungarn waren dagegen sowohl die österreichischen Exporte als auch die Gesamtimporte rückläufig. Da die österreichischen Exporte jedoch stärker sanken als die Importe der beiden Länder insgesamt, verlor Österreich in diesen rückläufigen Märkten Marktanteile.

Tabelle 7: Marktanteile in den wichtigsten Exportdestinationen

	CHE	CHN	CZE	DEU	FRA	GBR	HUN	ITA	POL	USA
Marktanteile										
2017	2,98	0,25	2,91	3,83	1,20	0,68	6,18	2,31	1,62	0,50
Veränderung in Prozentpunkten										
2017-2025	-0,74	0,01	-0,26	-0,05	-0,37	0,02	-0,13	-0,06	-0,19	0,02
2022-2025	-1,04	0,02	-0,02	0,29	-0,16	0,00	-1,22	0,16	0,03	-0,03
Veränderung in Prozent										
2017-2025	-24,89	5,87	-9,02	-1,23	-31,22	2,54	-2,07	-2,52	-11,59	3,36
2022-2025	-31,67	6,46	-0,84	8,28	-16,14	0,30	-16,76	7,84	2,38	-6,22

Quelle: IHS-Marktanteilsmonitor, UN-Comtrade, eigene Berechnungen

Abbildung 11 verdeutlicht die unterschiedlichen Konstellationen. Zwischen 2022 und 2025 wuchsen Österreichs Exporte nach Polen stärker als die gesamten Importe Polens, Österreichs Exporte wuchsen gleich schnell wie die gesamten Importe Großbritanniens und Österreichs Exporte expandierten etwas weniger als die Gesamtimporte Tschechiens. Die heimischen Exporte nach China, Deutschland und Italien stiegen ebenfalls, allerdings gingen dort die Gesamtimporte zurück. Österreichs Exporte in die Schweiz und die USA gingen zurück, während beide Märkte expandierten. Zuletzt ergab sich für Frankreich und Ungarn der Fall, dass die Warenexporte stärker zurückgingen als die Gesamtimporte der beiden Länder.

Abbildung 11: Exporte in die jeweiligen Länder und Absatzmärkte (2022=100)



Quelle: IHS-Marktanteilsmonitor, UN-Comtrade, eigene Berechnungen

5.4 Marktanteile nach Warengruppen

Im nächsten Schritt wird die Entwicklung der Marktanteile nach Warengruppen (HS-2-Steller, Tabelle 11) betrachtet. Die Analyse beschränkt sich auf die zehn wichtigsten Handelspartner und die elf größten Warengruppen, die zusammen rund 70 % der österreichischen Warenexporte ausmachen.

Tabelle 8 zeigt die Marktanteile in den Jahren 2017, 2022 und 2025 sowie deren Veränderungen zwischen 2017 und 2025 bzw. 2022 und 2025. In den meisten Warengruppen konnten österreichische Exporteure ihre Marktanteile ausweiten. Besonders stark fiel der Anstieg bei Holz und Holzwaren (64,1 %) sowie bei elektrischen Maschinen (45,7 %) aus.

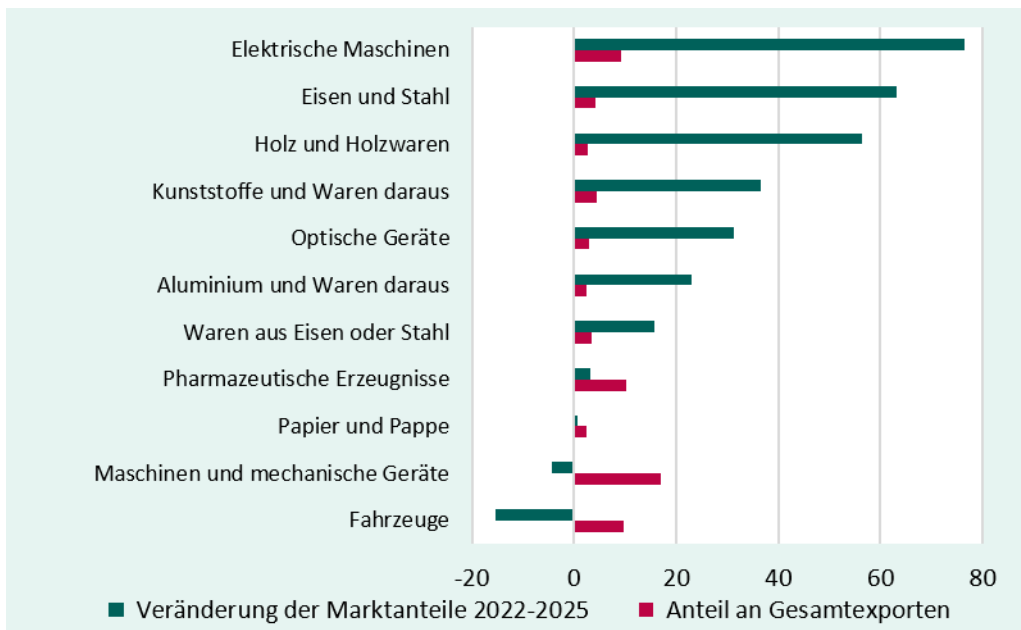
Tabelle 8: Österreichs Marktanteile nach Warengruppen

Warengruppe	2017	2022	2025	2017-2025	2022-2025
Pharmazeutische Erzeugnisse	2,4	2,5	2,6	6,5	3,3
Kunststoffe und Waren daraus	1,8	2,0	2,7	45,1	36,7
Holz und Holzwaren	4,6	4,8	7,5	64,1	56,5
Papier und Pappe	5,1	5,4	5,4	6,5	0,6
Eisen und Stahl	3,9	3,3	5,4	37,0	63,1
Waren aus Eisen oder Stahl	2,6	2,8	3,2	23,4	15,7
Aluminium und Waren daraus	3,6	3,2	3,9	9,0	23,0
Maschinen, mechanische Geräte	1,8	1,7	1,6	-8,4	-4,4
Elektrische Maschinen	0,7	0,6	1,0	45,7	76,4
Fahrzeuge	1,3	1,7	1,5	9,3	-15,4
Optische Geräte	1,0	1,0	1,3	33,3	31,4

Quelle: IHS-Marktanteilsmonitor, UN-Comtrade, eigene Berechnungen. Marktanteile und deren Veränderung 2017–2025 und 2022–2025 in Prozent

Auch im Zeitraum 2022 bis 2025 überwogen Marktanteilsgewinne. Allerdings verzeichnete Österreich auch in einigen für die Exportwirtschaft besonders wichtigen Warengruppen Marktanteilsverluste (Abbildung 12). So ging der Marktanteil zwischen 2022 und 2025 bei Maschinen und mechanischen Geräten um 4,4 % sowie bei Fahrzeugen um 15,4 % zurück. Mit Anteilen von 9,7 % bzw. 17,0 % an den gesamten Warenexporten zählen diese Warengruppen zu den bedeutendsten Österreichs.

Abbildung 12: Veränderung der Marktanteile nach Warengruppen 2022–2025



Quelle: IHS-Marktanteilsmonitor, UN-Comtrade, eigene Berechnungen. Veränderung der Warengruppen und Anteile an Gesamtexporten in Prozent

Tabelle 9 zeigt die Veränderung der Marktanteile detailliert nach Ländern und Warengruppen. Die farbliche Darstellung verdeutlicht, dass es nach Ländern und Gütergruppen zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen der Marktanteile kam und sich ein differenziertes Bild ergibt.

Tabelle 9: Veränderung der Marktanteile nach Ländern und Warengruppen (in Prozentpunkten)

	CHE	CHN	CZE	DEU	FRA	GBR	HUN	ITA	POL	USA
30 Pharmazeutische Erzeugnisse										
2017-2025	-2,94	0,59	0,00	0,75	-0,19	1,38	-1,02	0,71	0,67	-0,06
2022-2025	-2,43	1,13	-0,19	0,69	0,15	0,93	0,32	1,07	0,51	-0,34
39 Kunststoffe und Waren daraus										
2017-2025	-0,60	0,11	0,47	0,21	0,27	0,22	-0,28	0,83	0,25	0,10
2022-2025	-0,05	-0,02	0,38	0,04	0,11	0,19	1,11	0,76	0,06	0,10
44 Holz und Holzwaren										
2017-2025	0,29	0,06	0,48	2,03	-0,39	0,26	1,52	0,51	-0,38	0,43
2022-2025	0,46	-0,09	1,07	2,31	-0,34	0,34	-0,11	4,83	1,41	-0,10
48 Papier und Pappe; Waren aus Papierhalbstoff, Papier/Pappe										
2017-2025	-0,28	-0,08	-2,80	-0,74	0,44	0,31	-1,68	-0,41	1,12	0,08
2022-2025	-1,39	-0,06	-0,12	-1,07	-0,19	-0,19	1,59	-1,07	-0,61	-0,06

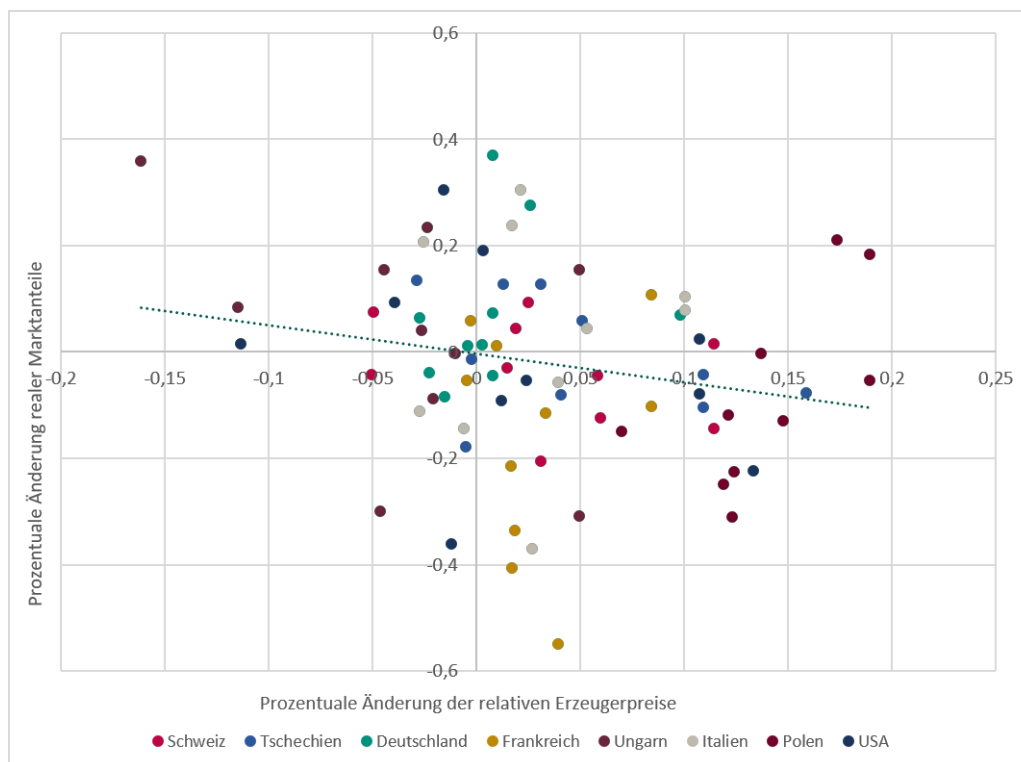
	CHE	CHN	CZE	DEU	FRA	GBR	HUN	ITA	POL	USA
72 Eisen und Stahl										
2017-2025	-0,91	-0,17	0,59	2,74	0,23	1,87	1,72	0,30	-0,26	0,00
2022-2025	-0,24	0,15	-0,03	3,70	0,27	1,42	2,07	0,88	0,39	0,12
73 Waren aus Eisen oder Stahl										
2017-2025	0,96	0,92	0,49	0,27	-0,25	0,59	-0,03	0,31	0,64	0,27
2022-2025	0,57	0,68	0,44	0,21	-0,58	0,46	-0,18	1,17	0,33	-0,05
76 Aluminium und Waren daraus										
2017-2025	-0,09	-0,35	-0,92	-0,06	-0,04	0,14	-1,55	0,31	-0,22	0,04
2022-2025	0,85	-0,15	0,27	0,60	-0,04	-0,02	-1,83	0,65	0,75	0,03
84 Maschinen und mechanische Geräte										
2017-2025	0,31	0,19	0,22	-0,53	-0,24	-0,43	-0,85	0,14	-0,37	-0,20
2022-2025	0,07	0,07	0,25	0,06	-0,70	-0,14	-1,06	0,20	-0,16	-0,27
85 Elektrische Maschinen										
2017-2025	-0,74	-0,05	-0,67	-0,74	-0,18	0,25	-1,24	0,09	-0,39	-0,04
2022-2025	-0,20	-0,02	0,23	-0,14	0,03	0,07	-0,26	-0,04	-0,01	0,09
87 Fahrzeuge										
2017-2025	-0,58	1,80	-0,08	-0,48	-0,01	-0,39	0,10	-0,14	-0,35	0,35
2022-2025	-0,35	0,04	-0,35	-0,17	-0,23	-0,80	0,10	-0,41	-0,15	-0,05
90 Optische Geräte										
2017-2025	-0,40	-0,01	-0,70	0,49	0,06	-0,15	0,59	-0,12	-0,14	0,03
2022-2025	0,19	-0,05	-0,06	0,70	-0,15	-0,35	1,18	-0,22	-0,13	0,03

Quelle: IHS-Marktanteilsmonitor, UN-Comtrade, eigene Berechnungen.

Die Analyse zeigt, dass die österreichische Exportwirtschaft im Zeitraum 2017 bis 2025 leichte Marktanteilsverluste erlitten hat, insbesondere seit 2022. Die Marktanteilsverluste erfolgten in sektoraler Betrachtung aber nicht allgemein, sondern konzentrierten sich auf die besonders stark vertretenen Warengruppen Maschinen und Fahrzeuge.

Sind diese Marktanteilsverluste seit 2022 überwiegend durch eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu erklären? Wir messen dies anhand der Veränderung der relativen Erzeugerpreise (Abbildung 13). Positive Werte bedeuten, dass sich österreichische Waren gegenüber den Waren im Zielland verteuert haben. Eine grundsätzliche Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist aus Abbildung 13 nicht ersichtlich. Weiters ist nur ein relativ schwacher Zusammenhang zwischen der Veränderung der Preisverhältnisse und der Veränderung der realen österreichischen Marktanteile zu sehen. In vielen Fällen dürften Marktanteilsgewinne auf eine höhere Nachfrage zurückzuführen sein, die es den Exporteuren erlaubt, höhere Preise durchzusetzen.

Abbildung 13: Reale Marktanteile versus relative Erzeugerpreise 2022–2025



Quelle: UN-Comtrade, Eurostat, eigene Berechnungen.

Allerdings zeigen sich deutliche Marktanteilsgewinne Chinas insbesondere in den Warengruppen, in denen der Marktanteilsrückgang Österreichs besonders sichtbar ist, nämlich Maschinen und Fahrzeuge. Die Folge dieser Verschlechterung ist nicht ein Rückgang des österreichischen Marktanteils in China, sondern in den Märkten, in denen österreichische Exporte mit chinesischen konkurrieren, wie z.B. Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Dies ist in Tabelle 10 dargestellt. Der österreichische Warenexport scheint daher weniger unter einem allgemeinen Wettbewerbsproblem als vielmehr unter einem „China-Schock“ zu leiden, ähnlich wie weite Teile der europäischen Wirtschaft.⁴

⁴ Rodrik, D. (2006), What's so special about China's exports? China & World Economy, 14(5), 1-19.

**Tabelle 10: Änderung der Marktanteile – chinesische Exporte (in Prozentpunkten)
2017–2025**

	CHE	CHN	CZE	DEU	FRA	GBR	HUN	ITA	POL	USA
30 Pharmazeutische Erzeugnisse										
	0,0	0,0	0,1	0,6	3,4	4,7	0,1	4,8	1,1	1,0
39 Kunststoffe und Waren daraus										
	3,5	0,0	2,6	3,5	2,0	4,9	5,1	3,0	4,1	-9,5
44 Holz und Holzwaren										
	-0,2	0,0	1,5	1,2	0,0	-1,1	2,2	0,0	2,8	-13,5
48 Papier und Pappe										
	2,1	0,0	1,9	2,0	1,8	3,0	1,4	2,2	2,2	-12,5
72 Eisen und Stahl										
	1,3	0,0	0,8	0,3	0,6	-0,9	0,6	1,8	1,9	-0,8
73 Waren aus Eisen oder Stahl										
	2,9	0,0	3,6	4,1	2,8	7,5	6,6	2,6	4,8	-10,9
76 Aluminium und Waren daraus										
	1,2	0,0	0,7	0,7	2,7	4,1	3,0	-0,9	1,1	-7,8
84 Maschinen und mechanische Geräte										
	2,7	0,0	2,0	2,0	3,9	4,2	4,2	3,2	4,4	-24,4
85 Elektrische Maschinen										
	2,3	0,0	9,5	8,4	5,7	10,2	5,5	4,5	5,2	-25,9
87 Fahrzeuge										
	3,4	0,0	2,8	4,3	3,6	8,5	3,6	4,4	4,9	-1,4
90 Optische Geräte										
	2,0	0,0	3,6	1,5	3,4	3,0	3,7	-0,7	3,9	-6,3

Quelle: UN-Comtrade, eigene Berechnungen

Tabelle 11: HS-2-Steller-Codes

Kapitel des Harmonisierten Systems (HS)	Beschreibung	Kurztitel
30	Pharmazeutische Erzeugnisse	Pharmazeutische Erzeugnisse
39	Kunststoffe und Waren daraus	Kunststoffe und Waren daraus
44	Holz und Holzwaren; Holzkohle	Holz und Holzwaren

Kapitel des Harmonisierten Systems (HS)	Beschreibung	Kurztitel
48	Papier und Pappe; Waren aus Papierhalbstoff, Papier oder Pappe	Papier und Pappe
72	Eisen und Stahl	Eisen und Stahl
73	Waren aus Eisen oder Stahl	Waren aus Eisen oder Stahl
76	Aluminium und Waren daraus	Aluminium und Waren daraus
84	Kernreaktoren, Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte; Teile davon	Maschinen und mechanische Geräte
85	Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte und andere elektrotechnische Waren, Teile davon; Tonaufnahme- oder Tonwiedergabegeräte, Bild- und Tonaufzeichnungs- oder -Wiedergabegeräte, für das Fernsehen, Teile und Zubehör für diese Geräte	Elektrische Maschinen
87	Zugmaschinen, Kraftwagen, Krafträder, Fahrräder und andere nicht schienengebundene Landfahrzeuge, Teile davon und Zubehör	Fahrzeuge
90	Optische, fotografische oder kinematografische Instrumente, Apparate und Geräte; Mess-, Prüf- oder Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte; Teile und Zubehör für diese Instrumente, Apparate und Geräte	Optische Geräte

Quelle: Statistik Austria Klassifikationsdatenbank – Kombinierte Nomenklatur 2026

6 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	382,698 -0,8%	380,175 -0,7%	383,404 0,8%	386,343 0,8%	390,089 1,0%	394,613 1,2%	398,770 1,1%	402,825 1,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	477,837 6,3%	494,088 3,4%	514,328 4,1%	528,844 2,8%	545,679 3,2%	563,492 3,3%	579,568 2,9%	595,690 2,8%
DEFLATOR DES BIP (2015=100)	124,860 7,2%	129,963 4,1%	134,148 3,2%	136,885 2,0%	139,886 2,2%	142,796 2,1%	145,339 1,8%	147,878 1,7%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2025=100)	93,8 7,8%	96,6 2,9%	100,0 3,6%	103,000 3,0%	105,369 2,3%	107,582 2,1%	109,733 2,0%	111,928 2,0%
ARBEITNEHMERENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	60,383 6,8%	64,710 7,2%	67,032 3,6%	68,439 2,1%	70,082 2,4%	71,974 2,7%	73,845 2,6%	75,692 2,5%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV- BESCHÄFTIGTE IN 1000 PERSONEN	3889,419 1,2%	3897,774 0,2%	3904,719 0,2%	3924,243 0,5%	3948,966 0,6%	3972,660 0,6%	3996,495 0,6%	4016,478 0,5%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6,406 0,106	6,994 0,588	7,415 0,421	7,510 0,095	7,347 -0,163	7,054 -0,293	6,688 -0,367	6,404 -0,284

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
PRIVATER KONSUM	191,778 -0,2%	193,660 1,0%	195,039 0,7%	196,014 0,5%	197,480 0,7%	198,863 0,7%	200,255 0,7%	201,848 0,8%
ÖFFENTLICHER KONSUM	77,278 0,6%	80,226 3,8%	82,149 2,4%	82,971 1,0%	83,593 0,8%	84,178 0,7%	84,767 0,7%	85,403 0,8%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	91,681 -1,3%	87,776 -4,3%	89,987 2,5%	90,582 0,7%	91,177 0,7%	92,488 1,4%	93,760 1,4%	95,166 1,5%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	1,666 0,4	-2,919 -0,8	-0,867 -0,2	-0,867 -0,2	-0,617 -0,2	-0,117 0,0	0,383 0,1	0,883 0,2
INLANDSNACHFRAGE	362,612 -3,1%	359,726 -0,8%	363,973 1,2%	366,464 0,7%	369,473 0,8%	373,292 1,0%	377,071 1,0%	381,223 1,1%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	19,242 5,0	19,411 5,1	18,361 4,8	18,779 4,9	19,516 5,0	20,221 5,1	20,599 5,2	20,501 5,1
BIP ZU MARKTPREISEN	382,698 -0,8%	380,175 -0,7%	383,404 0,8%	386,343 0,8%	390,089 1,0%	394,613 1,2%	398,770 1,1%	402,825 1,0%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
PRIVATER KONSUM	-0,117	0,507	0,371	0,259	0,390	0,365	0,363	0,412
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,133	0,785	0,518	0,218	0,163	0,150	0,148	0,157
BRUTTOINVESTITIONEN	-3,027	-2,365	1,184	0,208	0,252	0,503	0,483	0,514
ANLAGEINVESTITIONEN	-0,334	-1,052	0,593	0,157	0,157	0,343	0,329	0,361
LAGERVERÄNDERUNGEN	-2,476	-1,198	0,540	0,000	0,065	0,128	0,127	0,125
EXPORTE I.W.S.	-0,386	-1,341	0,671	0,823	1,139	1,219	1,187	1,088
WAREN	-0,390	-1,846	0,428	0,460	0,736	0,812	0,822	0,755
Dienstleistungen	0,004	0,506	0,243	0,363	0,403	0,407	0,365	0,333
IMPORTE I.W.S.	2,702	1,463	-0,972	-0,753	-1,013	-1,104	-1,147	-1,161
WAREN	3,214	2,136	-0,591	-0,430	-0,634	-0,722	-0,799	-0,808
Dienstleistungen	-0,512	-0,673	-0,381	-0,323	-0,379	-0,382	-0,349	-0,354
BRUTTOINLANDSPRODUKT	-0,786	-0,659	0,849	0,767	0,970	1,160	1,053	1,017

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
HAUSHALTSSPARQUOTE	8,6	11,7	9,9	9,6	9,5	9,4	9,4	9,3
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,4	3,0	-1,8	-0,2	-0,1	-0,1	0,0	-0,1
INVESTITIONSQUOTE	24,7	23,5	23,7	23,8	23,8	23,9	24,0	24,1
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,5	-1,1	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1
REALZINSSATZ	-4,09	-1,25	-0,23	1,29	1,37	1,48	1,78	1,81
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,79	2,85	1,02	1,52	0,08	0,11	0,30	0,03
HVPI - HARMONISierter VERBRAUCHERPREISINDEX	93,806 7,7%	96,547 2,9%	100,000 3,6%	103,00 3,0%	105,37 2,3%	107,58 2,1%	109,73 2,0%	111,93 2,0%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV BESCH.	46,901 -1,3%	48,756 4,0%	49,172 0,9%	48,742 -0,9%	48,790 0,1%	49,077 0,6%	49,365 0,6%	49,607 0,5%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV BESCH.	9,839 -1,9%	9,754 -0,9%	9,819 0,7%	9,845 0,3%	9,878 0,3%	9,933 0,6%	9,978 0,5%	10,029 0,5%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	159,978 8,9%	172,951 8,1%	177,963 2,9%	181,220 1,8%	184,945 2,1%	188,887 2,1%	192,929 2,1%	196,740 2,0%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	5,1	5,2	5,7	5,8	5,6	5,4	5,2	5,0
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,3	0,1	0,5	0,1	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% des BIP)	-2,6	-4,6	-4,2	-4,0	-3,7	-3,6	-3,5	-3,6
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,8	-2,1	0,5	0,2	0,3	0,0	0,2	-0,2

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	236,917 7,7%	246,389 4,0%	254,936 3,5%	263,897 3,5%	271,991 3,1%	279,647 2,8%	287,236 2,7%	295,325 2,8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	10,078 13,0%	11,211 11,2%	11,651 3,9%	12,002 3,0%	12,328 2,7%	12,662 2,7%	13,006 2,7%	13,359 2,7%
ÖFFENTLICHER KONSUM	98,315 6,5%	106,712 8,5%	112,284 5,2%	115,108 2,5%	117,131 1,8%	119,130 1,7%	121,164 1,7%	123,293 1,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	124,257 -5,4%	116,492 -6,2%	125,608 7,8%	130,026 3,5%	134,623 3,5%	140,400 4,3%	146,382 4,3%	152,368 4,1%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	63,058 7,6%	63,263 0,3%	69,271 9,5%	72,956 5,3%	75,901 4,0%	78,774 3,8%	81,355 3,3%	83,814 3,0%
BAUINVESTITIONEN	54,908 0,4%	53,085 -3,3%	52,846 -0,4%	53,168 0,6%	54,092 1,7%	55,999 3,5%	57,946 3,5%	59,992 3,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,430 -0,438	0,780 1,210	-1,888 -2,668	-1,978 -0,090	-2,018 -0,040	-2,058 -0,040	-2,099 -0,041	-2,141 -0,042
INLANDSNACHFRAGE	469,138 3,6%	481,583 2,7%	502,591 4,4%	519,054 3,3%	534,055 2,9%	549,782 2,9%	565,689 2,9%	582,204 2,9%
EXPORTE I.W.S.	279,472 1,2%	275,099 -1,6%	282,785 2,8%	291,982 3,3%	302,973 3,8%	316,531 4,5%	329,144 4,0%	341,491 3,8%
IMPORTE I.W.S.	270,772 -3,1%	262,595 -3,0%	271,047 3,2%	282,192 4,1%	291,349 3,2%	302,820 3,9%	315,265 4,1%	328,005 4,0%
BIP ZU MARKTPREISEN	477,837 6,3%	494,088 3,4%	514,328 4,1%	528,844 2,8%	545,679 3,2%	563,492 3,3%	579,568 2,9%	595,690 2,8%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	184,019 -0,5%	185,643 0,9%	187,012 0,7%	187,947 0,5%	189,357 0,8%	190,682 0,7%	192,017 0,7%	193,553 0,8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,758 5,4%	8,015 3,3%	8,028 0,2%	8,068 0,5%	8,124 0,7%	8,181 0,7%	8,238 0,7%	8,296 0,7%
ÖFFENTLICHER KONSUM	77,278 0,6%	80,226 3,8%	82,149 2,4%	82,971 1,0%	83,593 0,8%	84,178 0,7%	84,767 0,7%	85,403 0,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	93,347 -10,4%	84,857 -9,1%	89,120 5,0%	89,879 0,9%	90,800 1,0%	92,651 2,0%	94,449 1,9%	96,372 2,0%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	53,165 1,7%	51,658 -2,8%	55,035 6,5%	56,411 2,5%	57,257 1,5%	58,259 1,8%	59,133 1,5%	60,020 1,5%
BAUINVESTITIONEN	38,885 -4,5%	36,592 -5,9%	35,761 -2,3%	35,135 -1,8%	34,959 -0,5%	35,309 1,0%	35,733 1,2%	36,269 1,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,053 -0,431	2,023 0,969	-1,266 -3,289	-1,301 -0,035	-1,301 0,000	-1,301 0,000	-1,301 0,000	-1,301 0,000
INLANDSNACHFRAGE	362,612 -3,1%	359,726 -0,8%	363,973 1,2%	366,464 0,7%	369,473 0,8%	373,292 1,0%	377,071 1,0%	381,223 1,1%
EXPORTE I.W.S.	230,142 -0,6%	224,868 -2,3%	227,576 1,2%	230,984 1,5%	235,749 2,1%	240,927 2,2%	246,017 2,1%	250,732 1,9%
IMPORTE I.W.S.	210,901 -4,3%	205,456 -2,6%	209,215 1,8%	212,205 1,4%	216,234 1,9%	220,706 2,1%	225,418 2,1%	230,231 2,1%
BIP ZU MARKTPREISEN	382,698 -0,8%	380,175 -0,7%	383,404 0,8%	386,343 0,8%	390,089 1,0%	394,613 1,2%	398,770 1,1%	402,825 1,0%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	128,746 8,2%	132,722 3,1%	136,320 2,7%	140,410 3,0%	143,640 2,3%	146,656 2,1%	149,589 2,0%	152,581 2,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	127,223 5,8%	133,014 4,6%	136,683 2,8%	138,733 1,5%	140,121 1,0%	141,522 1,0%	142,937 1,0%	144,366 1,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	128,670 5,5%	132,550 3,0%	135,706 2,4%	139,237 2,6%	142,573 2,4%	145,720 2,2%	148,572 2,0%	151,110 1,7%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	118,609 5,8%	122,464 3,2%	125,867 2,8%	129,328 2,8%	132,561 2,5%	135,212 2,0%	137,579 1,8%	139,642 1,5%
BAUINVESTITIONEN	141,208 5,1%	145,074 2,7%	147,777 1,9%	151,324 2,4%	154,728 2,3%	158,597 2,5%	162,165 2,3%	165,408 2,0%
INLANDSNACHFRAGE	129,377 6,9%	133,875 3,5%	138,084 3,1%	141,639 2,6%	144,545 2,1%	147,279 1,9%	150,022 1,9%	152,720 1,8%
EXPORTE I.W.S.	121,434 1,9%	122,338 0,7%	124,259 1,6%	126,408 1,7%	128,515 1,7%	131,380 2,2%	133,789 1,8%	136,198 1,8%
IMPORTE I.W.S.	128,388 1,4%	127,811 -0,4%	129,554 1,4%	132,980 2,6%	134,738 1,3%	137,205 1,8%	139,858 1,9%	142,468 1,9%
BIP ZU MARKTPREISEN	124,860 7,2%	129,963 4,1%	134,148 3,2%	136,885 2,0%	139,886 2,2%	142,796 2,1%	145,339 1,8%	147,878 1,7%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
WARENEXPORTE	196,354 -0,6%	186,086 -5,2%	189,355 1,8%	194,598 2,8%	201,467 3,5%	210,532 4,5%	218,929 4,0%	227,104 3,7%
EXPORTE VON SONST. DIENSTLEISTUNGEN	63,021 2,3%	67,657 7,4%	70,515 4,2%	73,544 4,3%	76,703 4,3%	80,193 4,6%	83,433 4,0%	86,591 3,8%
REISEVERKEHR	20,097 19,7%	21,357 6,3%	22,915 7,3%	23,840 4,0%	24,804 4,0%	25,806 4,0%	26,782 3,8%	27,796 3,8%
EXPORTE I.W.S.	279,472 1,2%	275,099 -1,6%	282,785 2,8%	291,982 3,3%	302,973 3,8%	316,531 4,5%	329,144 4,0%	341,491 3,8%
WARENIMPORTE	193,687 -6,6%	180,038 -7,0%	184,256 2,3%	191,594 4,0%	197,092 2,9%	204,552 3,8%	212,815 4,0%	221,194 3,9%
IMPORTE VON SONST. DIENSTLEISTUNGEN	65,115 5,4%	69,843 7,3%	73,445 5,2%	76,712 4,4%	79,811 4,0%	83,238 4,3%	86,813 4,3%	90,542 4,3%
REISEVERKEHR	11,970 16,7%	12,714 6,2%	13,346 5,0%	13,885 4,0%	14,446 4,0%	15,030 4,0%	15,637 4,0%	16,269 4,0%
IMPORTE I.W.S.	270,772 -3,1%	262,595 -3,0%	271,047 3,2%	282,192 4,1%	291,349 3,2%	302,820 3,9%	315,265 4,1%	328,005 4,0%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
WARENEXPORTE	164,207 -0,9%	156,829 -4,5%	158,610 1,1%	160,592 1,3%	163,804 2,0%	167,408 2,2%	171,091 2,2%	174,512 2,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	51,291 -2,2%	53,129 3,6%	53,706 1,1%	54,780 2,0%	56,012 2,3%	57,273 2,3%	58,418 2,0%	59,440 1,8%
REISEVERKEHR	14,930 8,0%	15,048 0,8%	15,377 2,2%	15,684 2,0%	15,998 2,0%	16,318 2,0%	16,603 1,8%	16,894 1,8%
EXPORTE I.W.S.	230,142 -0,6%	224,868 -2,3%	227,576 1,2%	230,984 1,5%	235,749 2,1%	240,927 2,2%	246,017 2,1%	250,732 1,9%
WARENIMPORTE	147,312 -7,0%	139,550 -5,3%	141,814 1,6%	143,515 1,2%	146,027 1,8%	148,947 2,0%	152,224 2,2%	155,573 2,2%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	54,374 1,8%	56,660 4,2%	58,021 2,4%	59,124 1,9%	60,454 2,3%	61,814 2,3%	63,050 2,0%	64,311 2,0%
REISEVERKEHR	9,945 11,6%	10,343 4,0%	10,509 1,6%	10,719 2,0%	10,934 2,0%	11,153 2,0%	11,376 2,0%	11,603 2,0%
IMPORTE I.W.S.	210,901 -4,3%	205,456 -2,6%	209,215 1,8%	212,205 1,4%	216,234 1,9%	220,706 2,1%	225,418 2,1%	230,231 2,1%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
WARENEXPORTE	119,577 0,2%	118,655 -0,8%	119,384 0,6%	121,175 1,5%	122,993 1,5%	125,760 2,3%	127,961 1,8%	130,136 1,7%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	122,870 4,5%	127,343 3,6%	131,299 3,1%	134,253 2,3%	136,938 2,0%	140,020 2,3%	142,820 2,0%	145,676 2,0%
REISEVERKEHR	134,602 10,8%	141,927 5,4%	149,023 5,0%	152,003 2,0%	155,043 2,0%	158,144 2,0%	161,307 2,0%	164,533 2,0%
EXPORTE I.W.S.	121,434 1,9%	122,338 0,7%	124,259 1,6%	126,408 1,7%	128,515 1,7%	131,380 2,2%	133,789 1,8%	136,198 1,8%
WARENIMPORTE	131,481 0,4%	129,014 -1,9%	129,928 0,7%	133,501 2,8%	134,969 1,1%	137,331 1,8%	139,803 1,8%	142,180 1,7%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	119,755 3,5%	123,268 2,9%	126,584 2,7%	129,748 2,5%	132,019 1,8%	134,659 2,0%	137,689 2,3%	140,787 2,3%
REISEVERKEHR	120,362 4,5%	122,931 2,1%	126,996 3,3%	129,536 2,0%	132,126 2,0%	134,769 2,0%	137,464 2,0%	140,213 2,0%
IMPORTE I.W.S.	128,388 1,4%	127,811 -0,4%	129,554 1,4%	132,980 2,6%	134,738 1,3%	137,205 1,8%	139,858 1,9%	142,468 1,9%
TERMS OF TRADE, GESAMT	94,583 0,5%	95,718 1,2%	95,913 0,2%	95,057 -0,9%	95,381 0,3%	95,754 0,4%	95,661 -0,1%	95,599 -0,1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	90,947 -0,2%	91,971 1,1%	91,885 -0,1%	90,767 -1,2%	91,126 0,4%	91,574 0,5%	91,529 0,0%	91,529 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
IMPORTQUOTE, GESAMT	56,666	53,147	52,699	53,360	53,392	53,740	54,397	55,063
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-5,486	-3,519	-0,448	0,661	0,032	0,348	0,657	0,666
IMPORTQUOTE, GÜTER	40,534	36,438	35,825	36,229	36,119	36,301	36,720	37,132
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-5,588	-4,096	-0,614	0,404	-0,110	0,182	0,419	0,413
EXPORTQUOTE, GESAMT	58,487	55,678	54,981	55,211	55,522	56,173	56,791	57,327
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-2,941	-2,808	-0,697	0,230	0,311	0,651	0,618	0,536
EXPORTQUOTE, GÜTER	41,092	37,663	36,816	36,797	36,920	37,362	37,775	38,125
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-2,886	-3,430	-0,847	-0,019	0,124	0,442	0,413	0,350

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	6 016,521 0,6%	6 022,115 0,1%	6 012,394 -0,2%	5999,795 -0,2%	5980,860 -0,3%	5958,771 -0,4%	5936,902 -0,4%	5914,667 -0,4%
ERWERBSQUOTE	78,754 0,5%	79,280 0,7%	79,859 0,7%	80,538 0,9%	81,182 0,8%	81,750 0,7%	82,241 0,6%	82,734 0,6%
ERWERBSPERSONEN	4738,230 1,1%	4774,313 0,8%	4801,435 0,6%	4832,100 0,6%	4855,385 0,5%	4871,315 0,3%	4882,557 0,2%	4893,457 0,2%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3653,837 -0,3%	3648,622 -0,1%	3626,804 -0,6%	3630,453 0,1%	3620,693 -0,3%	3602,669 -0,5%	3582,195 -0,6%	3560,586 -0,6%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	1084,393 6,3%	1125,691 3,8%	1174,630 4,3%	1201,647 2,3%	1234,692 2,8%	1268,646 2,8%	1300,362 2,5%	1332,871 2,5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	511,200 0,6%	515,800 0,9%	518,900 0,6%	531,873 2,5%	537,191 1,0%	541,220 0,8%	543,926 0,5%	546,646 0,5%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	4227,030 1,2%	4258,513 0,7%	4282,535 0,6%	4300,227 0,4%	4318,194 0,4%	4330,095 0,3%	4338,631 0,2%	4346,811 0,2%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3889,419 1,2%	3897,774 0,2%	3904,719 0,2%	3924,243 0,5%	3948,966 0,6%	3972,660 0,6%	3996,495 0,6%	4016,478 0,5%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	66,838 -3,2%	62,889 -5,9%	60,276 -4,2%	53,043 -12,0%	51,982 -2,0%	51,982 0,0%	51,982 0,0%	51,982 0,0%
ARBEITSLOSE	270,773 2,9%	297,851 10,0%	317,540 6,6%	322,942 1,7%	317,246 -1,8%	305,453 -3,7%	290,154 -5,0%	278,351 -4,1%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6,4 0,1	7,0 0,6	7,4 0,4	7,5 0,1	7,3 -0,2	7,1 -0,3	6,7 -0,4	6,4 -0,3

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	234,855 8,0%	252,226 7,4%	261,740 3,8%	268,572 2,6%	276,751 3,0%	285,928 3,3%	295,123 3,2%	304,013 3,0%
BRUTTOBETRIEBSÜBER- SCHUSS/SELBST.EINK	188,533 3,4%	184,199 -2,3%	189,647 3,0%	194,498 2,6%	199,866 2,8%	206,084 3,1%	211,357 2,6%	216,944 2,6%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	54,449 9,6%	57,662 5,9%	62,941 9,2%	65,774 4,5%	69,062 5,0%	71,479 3,5%	73,088 2,3%	74,732 2,3%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	477,837 6,3%	494,088 3,4%	514,328 4,1%	528,844 2,8%	545,679 3,2%	563,492 3,3%	579,568 2,9%	595,690 2,8%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	3,259 186,2%	-0,954 -129,3%	1,559 -263,5%	1,590 2,0%	1,622 2,0%	1,654 2,0%	1,688 2,0%	1,721 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	99,138 7,8%	103,476 3,8%	107,357 3,8%	110,846 3,3%	114,448 3,3%	118,168 3,3%	122,008 3,3%	125,974 3,3%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	381,958 6,5%	389,658 2,0%	408,530 4,8%	419,589 2,7%	432,853 3,2%	446,979 3,3%	459,247 2,7%	471,437 2,7%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,476 25,3%	-3,143 -9,6%	-3,758 19,6%	-3,871 3,0%	-4,103 6,0%	-4,513 10,0%	-4,784 6,0%	-4,928 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINK. DER VOLKSWIRTSCHAFT	378,482 6,4%	386,515 2,1%	404,772 4,7%	415,718 2,7%	428,750 3,1%	442,465 3,2%	454,463 2,7%	466,510 2,7%